

## Inhaltsverzeichnis

Seite

	Vorbericht zum Haushaltsplan 2010	
2.0	Allgemeine statistische Angaben und Übersichten zum Haushaltsplan 2010	1
2.1	Rückblicke auf das Haushaltsjahr 2007 und die Kassenlage im Jahre 2007	14
2.2	Rückblicke auf das Haushaltsjahr 2008 und die Kassenlage im Jahre 2008	18
2.3	Rückblicke auf das Haushaltsjahr 2009 und die Kassenlage im Jahre 2009	23
2.4	Übersicht über die Entwicklung des Vermögens und der Schulden	25
2.5	Allgemeine Ausführungen	28
2.6	Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	30
2.7	Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes	37
2.8	Fördermittel, die durch Dritte bewirtschaftet werden	48
2.9	Darstellung der freiwilligen Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Vorjahr und im Haushaltsjahr	52
2.10	Abweichungen des Finanzplanes zum Haushaltsplan 2010	54
2.11	Entwicklung der Steuereinnahmen und der Finanzzuweisungen sowie der Umlagen	60
2.12	Maßnahmebezogene Darstellung der Verwendung der Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben im Vermögenshaushalt	63
2.13	Entwicklung der Gebühren, Entgelte und zweckgebundenen Abgaben	64
2.14	Übersicht über die aus den Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben	65
2.15	Übersicht über die Schulen, Schülerzahlen und Personalkosten nach Unterabschnitten	66
2.16	Freier Finanzspielraum	67
2.17	Übersicht über den Stand der Rücklagen	68
2.18	Übersicht über den Stand der Schulden	69
2.19	Übersicht über die von der Hansestadt Stralsund verbürgten Kredite	70
2.20	Maßnahmen und Vorgaben größeren Umfangs je Einzelplan und ihre Folgekosten	72
2.21	Übersicht über den Stand der städtischen Beteiligungen an den wirtschaftlichen Unternehmen	73
2.22	Übersicht über Beschlussverpflichtungen 2010 zur Kreditaufnahme städtischer Unternehmen nach § 72 KV M-V	74

2.23	Haushaltsbeziehungen zu den Unternehmen, Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts und den städtischen Eigenbetrieben	75
2.24	Übersicht über Mitgliedschaften der Hansestadt Stralsund	77
2.25	Übersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse der kostenrechnenden Einrichtungen im Vorjahr und im Haushaltsjahr	79
2.26	Zuwendungen von Haushaltsmitteln an Fraktionen	80
2.27	Stand des Umstellungsprozesses auf die Regeln der kommunalen Doppik	86





































Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 2007	Gesamthaushalt EUR	Verwaltungshaushalt EUR	Vermögenshaushalt EUR
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	125.935.757,01	125.935.757,01	
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	17.613.942,33		17.613.942,33
<i>Summe Soll-Einnahmen</i>	<i>143.549.699,34</i>	<i>125.935.757,01</i>	<i>17.613.942,33</i>
+ Neue Haushaltseinnahmereste Verwaltungshaushalt	0,00	0,00	
+ Neue Haushaltseinnahmereste Vermögenshaushalt	7.550.900,79		7.550.900,79
<i>Summe neue Haushaltseinnahmereste</i>	<i>7.550.900,79</i>	<i>0,00</i>	<i>7.550.900,79</i>
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste Verwaltungshaushalt	0,00	0,00	
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste Vermögenshaushalt	2.850.135,55		2.850.135,55
Summe Abgang alter Haushaltseinnahmereste	2.850.135,55	0,00	2.850.135,55
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste Verwaltungshaushalt	911.478,71	911.478,71	
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste Vermögenshaushalt	-4.036.940,88		-4.036.940,88
<i>Summe Abgang alter Kasseneinnahmereste</i>	<i>-3.125.462,17</i>	<i>911.478,71</i>	<i>-4.036.940,88</i>
<b>Summe bereinigte Soll-Einnahmen</b>	<b>151.375.926,75</b>	<b>125.024.278,30</b>	<b>26.351.648,45</b>

Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 2007	Gesamthaushalt EUR	Verwaltungshaushalt EUR	Vermögenshaushalt EUR
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	131.319.523,50	131.319.523,50	
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	19.749.655,04		19.749.655,04
darin enthalten Überschuss nach § 39 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00		
<i>Summe Soll-Ausgaben</i>	<i>151.069.178,54</i>	<i>131.319.523,50</i>	<i>19.749.655,04</i>
+ Neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	784.810,13	784.810,13	
+ Neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	9.009.279,55		9.009.279,55
Summe neue Haushaltsausgabereste	9.794.089,68	784.810,13	9.009.279,55
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	11.828,34	11.828,34	
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	2.407.286,14		2.407.286,14
<i>Summe Abgang alter Haushaltsausgabereste</i>	<i>2.419.114,48</i>	<i>11.828,34</i>	<i>2.407.286,14</i>
./. Abgang alter Kassenausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00	0,00	
./. Abgang alter Kassenausgabereste Vermögenshaushalt	0,00		0,00
<i>Summe Abgang alter Kassenausgabereste</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<b>Summe bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>158.444.153,74</b>	<b>132.092.505,29</b>	<b>26.351.648,45</b>
<b>Etwaiger Unterschied bereinigte Soll-Einnahmen</b>			
<b>./. bereinigte Soll-Ausgaben (Fehlbetrag)</b>	<b>-7.068.226,99</b>	<b>-7.068.226,99</b>	<b>0,00</b>











Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 2008	Gesamthaushalt EUR	Verwaltungshaushalt EUR	Vermögenshaushalt EUR
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	142.585.486,59	142.585.486,59	
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	24.283.165,25		24.283.165,25
darin enthalten Überschuss nach § 39 Abs. 3 Satz 2 GemHVO	0,00		
<i>Summe Soll-Ausgaben</i>	<i>166.868.651,84</i>	<i>142.585.486,59</i>	<i>24.283.165,25</i>
+ Neue Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	2.060.714,41	2.060.714,41	
+ Neue Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	4.414.286,12		4.414.286,12
Summe neue Haushaltsausgabereste	6.475.000,53	2.060.714,41	4.414.286,12
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00	0,00	
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste Vermögenshaushalt	369.820,91		369.820,91
<i>Summe Abgang alter Haushaltsausgabereste</i>	<i>369.820,91</i>	<i>0,00</i>	<i>369.820,91</i>
./. Abgang alter Kassenausgabereste Verwaltungshaushalt	0,00	0,00	
./. Abgang alter Kassenausgabereste Vermögenshaushalt	0,00		0,00
<i>Summe Abgang alter Kassenausgabereste</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<b>Summe bereinigte Soll-Ausgaben</b>	<b>172.973.831,46</b>	<b>144.646.201,00</b>	<b>28.327.630,46</b>
<b>Etwaiger Unterschied bereinigte Soll-Einnahmen</b>			
<b>./. bereinigte Soll-Ausgaben (Fehlbetrag)</b>	<b>-3.866.088,78</b>	<b>-3.527.149,60</b>	<b>-338.939,18</b>



### **2.3 Rückblicke auf das Haushaltsjahr 2009 und die Kassenlage im Jahre 2009**

Am 20.01.2009 beschloss die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2009. Mit dem Änderungsbeschluss zum Haushaltsplan 2009 vom 07.05.2009 auf Grund von zusätzlichen Maßnahmen der Hansestadt Stralsund in Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Landes M-V erfolgte deren Einordnung in den Haushaltsplan 2009. Die Bereitstellung des für die Durchführung der Maßnahmen notwendigen Eigenanteils erfolgt durch das Land in Form einer Kofinanzierungshilfe für die Sanierung der Stadtbibliothek sowie aus den Einnahmen aus Veräußerungserlösen. Der geplante Haushaltsfehlbedarf 2009 des Verwaltungshaushaltes erhöhte sich damit um 845,4 TEUR auf 6.189,0 TEUR.

Mit Schreiben vom 19.06.2009 ergingen folgende Anordnungen und Entscheidungen zur Haushaltssatzung 2009 der Hansestadt Stralsund von Seiten des Innenministeriums:

#### A. Rechtsaufsichtliche Anordnungen

- A. 1 Beschluss einer Nachtragshaushaltssatzung durch die Bürgerschaft bis zum 31.10.2009 mit einem um mindestens 1,8 Mio EUR geringeren Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt
- A. 2 Verfügung von haushaltswirtschaftlichen Sperren gem. § 27 GemHVO durch den Oberbürgermeister nach Veröffentlichung der Haushaltssatzung, um die Anordnung A.1 zu sichern
- A. 3 Beanstandung der 3. Fortschreibung des HSK insoweit, als dass das Ziel eines vollständigen Haushaltsausgleiches nicht erreicht wird
- A. 4 Beschluss der Bürgerschaft über ein Haushaltssicherungskonzept bis zum 31.10.2009, das den Vorgaben des § 43 Abs. 3 KV M-V entspricht

#### B. Entscheidungen

- B. 1 Vollständige Genehmigung der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe 650 TEUR
- B. 2 Genehmigung des Höchstbetrages der Kassenkredite teilweise in Höhe von 17 Mio EUR
- B. 3 Genehmigung des Stellenplanes mit der Auflage, der Nachbesetzung freier und frei werdender Stellen aus dem vorhandenen Personalbestand
- B. 4 Genehmigung der Stellenübersicht des Eigenbetriebes Tourismuszentrale mit der Auflage, der Nachbesetzung freier und frei werdender Stellen aus dem vorhandenen Personalbestand

Die Veröffentlichung der Haushaltssatzung 2009 der Hansestadt Stralsund erfolgte am 03.07.2009 im Amtsblatt Nr. 7 der Hansestadt Stralsund. Die Rechtskraft der Haushaltssatzung trat somit am 04.07.2009 ein.

Entsprechend der rechtsaufsichtlichen Anordnung A. 2 verfügte der Oberbürgermeister am 07.07.2009 eine haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 27 GemHVO für den Verwaltungshaushalt in einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.112,6 TEUR.

In Umsetzung der rechtsaufsichtlichen Anordnung A.1 wurde am 08.10.2009 von der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund der Nachtragshaushaltsplan 2009 beschlossen, der im Vergleich zur Ursprungshaushaltssatzung einen um 1.802,1 TEUR geringeren Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt aufweist. Der geplante Fehlbedarf von 6.189,0 TEUR wurde somit auf 4.386,9 TEUR im Nachtrag des Verwaltungshaushaltes reduziert.

Das Innenministerium M-V traf am 18.11.2009 die Entscheidungen zur 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009 der Hansestadt Stralsund. Der festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 650,0 TEUR sowie der Höchstbetrag der Kassenkredite von 17.000,0 TEUR wurden genehmigt. Die Auflagen zum Stellenplan vom 19.06.2009 gelten weiter fort.

Die Amtliche Bekanntmachung der Nachtragshaushaltssatzung 2009 erfolgte im Amtsblatt Nr. 13 am 04.12.2009.

Mit Schreiben vom 28.07.2009 beantragte die Hansestadt Stralsund eine Fristverlängerung zum Beschluss des Haushaltssicherungskonzeptes, da in dieses die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung des Landesrechnungshofes einfließen sollten.

Diesem Antrag wurde von Seiten des Innenministeriums M-V am 20.08.2009 stattgegeben und die rechtsaufsichtliche Anordnung A.4 dahingehend geändert, dass die Bürgerschaft spätestens bis zum 31.03.2010 über ein neues Haushaltssicherungskonzept zu beschließen hat.

Die Zielstellung des Nachtragshaushaltes, den Fehlbedarf gegenüber dem Ursprungshaushalt um 1,8 Mio EUR auf 4,4 Mio EUR zu reduzieren, wird voraussichtlich in der Jahresrechnung 2009 nicht erreicht werden können.

Eine wesentliche Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung dieses Jahres sollte die Veräußerung der Wohlfahrtseinrichtungen gGmbH mit einem Veräußerungserlös in Höhe von 7.400,0 TEUR sein. Da die Bürgerschaft der HST erst am 04.12.2009 die Fortsetzung des Interessenbekundungsverfahrens beschlossen hat, wird eine Kassenwirksamkeit der Erlösauskehr im Haushaltsjahr 2009 nicht gewährleistet werden können.

Dieser Mindereinnahme von 7,4 Mio EUR stehen Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer von 2,0 Mio EUR sowie aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aufgrund der Ergebnisse der November- Steuerschätzung in Höhe von 0,8 Mio EUR gegenüber. Ergebnis verbessernd wirken gleichfalls die Minderausgaben für Zinsen zur Inanspruchnahme von Kassenkrediten in Höhe von ca. 0,3 Mio EUR. Unter Berücksichtigung weiterer Faktoren, die auf die Jahresrechnung 2009 einwirken, wird mit einem voraussichtlichen Fehlbetrag von ca. 8,0 Mio EUR gerechnet.

Im Vermögenshaushalt wurde begonnen mit der Realisierung der Maßnahmen, die mit dem Änderungsbeschluss zum Haushaltsplan 2009 vom 07.05.2009 in Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Landes MV in den Haushalt 2009 ergänzend aufgenommen werden konnten.

Während sich die energetische Gebäudesanierung für die K.- Sarnow- GS mitten in der Bauphase befindet, stehen die Fenstersanierungen an der F.-v.- Schill-GS, der Diesterweg- Realschule sowie am Förderzentrum L.-Steinwich kurz vor dem Abschluss. Die Sanierung des 1. und 2. OG der Stadtbibliothek wird seit April 2009 planmäßig durchgeführt. Der Radweg an der Schwedenschanze ist fast fertiggestellt. Für den 18.12.2009 ist die Verkehrsfreigabe geplant. Die Lärmschutzsanierung des C.-Heydemann-Rings befindet sich ebenfalls in der Realisierungsphase.

Die Liquidität des Haushaltes musste durch die Inanspruchnahme der Kassenkredite verstärkt werden. Die Aufnahme der Liquiditätskredite wird voraussichtlich Zinsausgaben in Höhe von insgesamt 80,0 TEUR verursachen.

## 2.4 Übersichten über die Entwicklung des Vermögens und der Schulden

### Übersicht über die Entwicklung des Vermögens

- in EUR -

Vermögensart	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres				
	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Vermögen nach § 36 (1) GemHVO</b>					
1. Forderungen des Anlagevermögens					
1.1 Beteiligung sowie Wertpapiere, die die Gemeinde zum Zwecke der Beteiligung erworben hat	0	0	0	0	0
1.2 Forderungen aus Darlehen, die die Gemeinde aus Mitteln des Haushaltes in Erfüllung einer Aufgabe gewährt hat	253.754,91	218.108,67	190.963,63	177.461,57	152.631,51
1.3 Kapitaleinlagen der Gemeinde in Zweckverbänden, anderen kommunalen Zusammenschlüssen oder Kapitalgesellschaften					
1.) Ostseeflughafen Stralsund/Barth GmbH	11.280,00	11.280,00	11.280,00	11.280,00	11.280,00
2.) Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	1.610.600,00	1.610.600,00	1.610.600,00	1.610.600,00	1.610.600,00
3.) SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	7.670.000,00	7.670.000,00	7.670.000,00	7.670.000,00	7.670.000,00
4.) Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	76.700,00	76.700,00	76.700,00	76.700,00	76.700,00
5.) Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH	6.135.502,57	6.135.502,57	6.135.502,57	6.135.502,57	6.135.502,57
6.) ATI Küste GmbH Gesellschaft für Technologie-	2.045,17	0,00	0,00	0,00	0,00
7.) Werkstatt für Behinderte Stralsund gemeinnützige GmbH	25.564,59	25.564,59	25.564,59	25.600,00	25.600,00
8.) Ostsee - Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH i.L.	5.624.210,69	5.624.210,69	5.624.210,69	5.624.210,69	5.624.210,69
9.) Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gGmbH	204.516,75	204.516,75	204.516,75	204.516,75	204.516,75
10.) Theater Vorpommern GmbH	51.150,00	52.000,00	52.000,00	52.000,00	52.000,00
11.) Berufsförderungswerk Stralsund GmbH	5.112,92	5.112,92	5.112,92	5.112,92	5.112,92
12.) Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH	905.000,00	905.000,00	905.000,00	905.000,00	905.000,00

## Übersicht über die Entwicklung der Schulden

(ohne Kassenkredite) - in TEUR

Art	Stand zu Beginn des Jahres 2 0 0 6	Stand zu Beginn des Jahres 2 0 0 7	Stand zu Beginn des Jahres 2 0 0 8	Stand zu Beginn des Jahres 2 0 0 9	Stand zu Beginn des Jahres 2010
1. Schulden aus Krediten					
1.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
1.2 Land	6.361	6.991	7.512	9.432	8.877
1.3 Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0	0	0
1.4 Zweckverbände und dgl.	0	0	0	0	0
1.5 sonstigem öffentlichem Bereich	0	0	0	0	0
1.6 Kreditmarkt	103.943	107.642	111.304	110.281	107.575
<b>Zwischensumme</b>	<b>110.304</b>	<b>114.633</b>	<b>118.816</b>	<b>119.713</b>	<b>116.452</b>
1.7 Innere Darlehen aus Sonderrücklagen					
1.8 Innere Darlehen von Sondervermögen ohne Sonderrechnung					
<b>Summe</b>	<b>110.304</b>	<b>114.633</b>	<b>118.816</b>	<b>119.713</b>	<b>116.452</b>
2. Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	6.229	6.116	6.005	5.896	5.789
<u>darin enthalten:</u>					
2.1 Schulden aus Leasingverträgen	0	0	0	0	0
2.2 Schulden aus Bausparverträgen	0	0	0	0	0
2.3 Schulden aus langfristigem Mietvertrag Hansa-Gymnasium	6.229	6.116	6.005	5.896	5.789
<u>nachrichtlich:</u>					
3. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnungen					
3.1 aus Krediten (Friedhof)	520	480	441	400	376
3.2 aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen					

### Entwicklung des Schuldendienstes und der Pro-Kopf-Verschuldung der Hansestadt Stralsund

Haushaltsjahr	Kreditaufnahme TEUR	Tilgung TEUR	Zinsen TEUR	Einwohner	Pro-Kopf-Verschuldung EUR
1993	7.400,6	0,0	2.223,9	70.749	561,44
1994	10.453,4	16,5	2.280,9	69.230	724,52
1995	16.398,0	382,3	3.277,5	67.626	978,53
1996	273,0	1.093,3	3.982,8	65.977	990,56
1997	28,6	113,6	3.936,8	64.385	1.013,73
1998	9.267,7	722,2	3.924,4	63.031	1.171,08
1999	12.607,3	2.159,4	4.091,7	61.711	1.365,43
2000	2.685,3	1.205,5	4.427,6	61.341	1.397,79
2001	11.491,5	1.539,5	4.378,1	60.663	1.577,47
2002	2.217,6	1.589,8	4.796,1	59.970	1.606,17
2003	9.516,4	1.725,6	4.950,9	59.290	1.755,91
2004	5.710,7	3.262,7	5.197,9	59.140	1.801,88
2005	6.945,0	2.256,3	5.154,0	58.847	1.890,48
2006	6.040,0	2.654,2	4.342,8	58.708	1.952,59
2007	9.601,0	2.844,7	4.812,2	58.288	2.038,43
2008	4.061,0	3.161,1	5.341,7	58.027	2.063,06
2009	0,0	3.261,0	4.655,8	57.866	2.012,45
2010	0,0	3.360,0	4.800,0		





## 2.5 Allgemeine Ausführungen

Der Haushaltsplan 2010 der Hansestadt Stralsund wurde gem. Erlass des Innenministers zur Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen vom 27.11.2009 sowie auf der Grundlage der Planungsdaten der mittelfristigen Finanzplanung erstellt. Die Maßnahmen des von der Bürgerschaft am 24.03.2009 in der 3. Fortschreibung beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes sind in der Entwurfsplanung eingearbeitet worden. Das Haushaltsvolumen beträgt in den Einnahmen und Ausgaben 192.772,7 TEUR.

Im Verwaltungshaushalt sind die Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 144.610,7 TEUR ausgeglichen. Unter Berücksichtigung des Altfehlbetrages aus dem Jahre 2008 ergibt sich ein struktureller Überschuss im Verwaltungshaushalt von 3.527,2 TEUR. Dieses Ergebnis wird jedoch nur durch geplante Zuführungen vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt erreicht. Die Zuführungen enthalten Verkaufserlöse aus Grundstücken von 2.107,9 TEUR, aus dem im Jahre 2009 nicht vollzogenen Verkauf der Wohlfahrtseinrichtungen der HST gGmbH und der wiederholten Einordnung dieser Einnahmen in den Haushalt 2010 in Höhe von 7.400,0 TEUR sowie aus Einnahmen der aus der Rückabwicklung des Vertrages zum Bau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums möglichen Auskehr der finanziellen Mittel von 6.200,0 TEUR.

Im Haushaltsjahr 2010 ist die Hansestadt Stralsund wiederum mit steigenden Ausgaben im Jugend- und Sozialhilfebereich konfrontiert. Die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft wird weiter zurückgefahren. Mehrausgaben müssen für die laufende Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen bereitgestellt werden. Die Grundsicherung im Alter erfordert jährlich höhere finanzielle Mittel als ursprünglich in der Finanzplanung berücksichtigt. Die Ausgaben der Jugendhilfe sowie der Kinderbetreuung in den Einrichtungen nehmen Ausmaße an, die bisher in Prognosen nicht eingeplant waren. Einher gehen diese steigenden Ausgaben mit Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommsteuer. Die in der mittelfristigen Finanzplanung geplanten Einnahmen aus den Finanzausweisungen des FAG werden im erheblichen Umfang nicht erreicht. Auch wenn die Landesregierung die Kommunen mit vorübergehenden Mitteln des kommunalen Ausgleichsfonds unterstützt, bleibt die Forderung der kreisfreien Städte nach einer angemessenen Finanzausstattung sowie einer finanziellen Stärkung der Zentren im Jahre 2010 weiterhin unerfüllt.

Somit besteht auch künftig die Notwendigkeit eines deutlichen Konsolidierungsbedarfes. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums soll gemäß den Maßnahmen aus der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes eine Absenkung der Haushaltsfehlbedarfe realisiert werden. Ein freier Finanzspielraum wird jedoch nicht ausgewiesen, so dass weiterhin von einem Wegfall der dauernden Leistungsfähigkeit der Hansestadt Stralsund ausgegangen werden muss. Deshalb sind die Ergebnisse der Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofes unter Berücksichtigung ihrer Durchsetzbarkeit in einer weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Fortsetzung des Konsolidierungsprozesses einzubinden.

Der Vermögenshaushalt enthält finanzielle Mittel von 48.162,0 TEUR. Die Finanzierung der Investitionsvorhaben erfolgt ohne Fremdmittel, so dass auch im Planjahr 2010 eine Nettoneuverschuldung vermieden werden kann. Verpflichtungsermächtigungen sind im Haushaltsjahr 2010 für die Re-

konstruktion des Frankendamms und für die Straßensanierungen nach dem Abwasserkonzept in Höhe von insgesamt 677,0 TEUR vorgesehen. Die Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen I und II des Vorjahres werden planmäßig fortgesetzt. Besondere Bedeutung erhält die Fortsetzung des Neubaus des Sicherheitstechnischen Zentrums der Feuerwehr. Im Finanzplanungszeitraum werden finanzielle Mittel für die nicht förderfähigen Kosten in einem Umfang von insgesamt 1.139,0 TEUR eingestellt. Die Umgestaltung des Freibades und des Seebades mit insgesamt 2.569,5 TEUR soll mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 2.183,9 TEUR unterstützt werden. Auch im Jahre 2010 werden erhebliche finanzielle Mittel für die Städtebauförderung eingestellt. Die Fördermittel des Bundes und des Landes für die Städtebauförderung und für die Entwicklungsmaßnahmen sind im Planjahr in Höhe von 9.410,1 TEUR eingeordnet, die mit städtischen Eigenmitteln in Höhe von 1.408,7 TEUR und den Erlösen aus dem D4-Vermögen in Höhe von 1.700,0 TEUR ergänzt werden.

Auf der Grundlage des Haushaltsplanes 2010 ist gemäß der rechtsaufsichtlichen Anordnung vom 19.06.2009 sowie vom 20.08.2009 die 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes bis zum 31.03.2010 zu erstellen.

## 2.6 Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die **Gesamteinnahmen** des Verwaltungshaushaltes betragen 144.610,7 TEUR. Davon entfallen auf

- Steuern, allgemeine Zuweisungen	71.889,0 TEUR
- Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	44.606,0 TEUR
- Sonstige Finanzeinnahmen	28.115,7 TEUR

Die wesentlichsten Einnahmeveränderungen gegenüber den Haushaltsansätzen 2009 sind nachfolgend aufgezeigt:

1. Unter Zugrundelegung der November-Steuerschätzung 2009 wird für 2010 ein Gesamtaufkommen der **Gewerbsteuer** in M-V in Höhe von 280 Mio EUR erwartet. Nach ersten Schätzungen werden sich die Gewerbesteuererinnahmen auf Grund des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes des Bundes um 4 Mio EUR reduzieren. In der kommunalen Haushaltsplanung ist jedoch von den örtlich unterschiedlichen Entwicklungen auszugehen. Aus diesem Grunde ist der Planansatz 2010 unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Anordnungssolls 2009 um 1.350,0 TEUR höher gegenüber dem Ansatz 2009 veranschlagt worden.

Von 2.722 Gewerbetreibenden zahlten im Jahre 2009 diese wie folgt die Gewerbsteuer:

2.147 Betriebe entsprechend	78,9 %	keine Gewerbsteuer
120 Betriebe entsprechend	4,4 %	bis 1.000,00 EUR
305 Betriebe entsprechend	11,2 %	bis 10.000,00 EUR
138 Betriebe entsprechend	5,1 %	bis 100.000,00 EUR
12 Betriebe entsprechend	0,4 %	über 100.000,00 EUR

2. Auf der Grundlage des Erlasses zur Aufstellung der Haushaltspläne der Kommune für das Haushaltsjahr 2010 vom 27.11.2009 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der November- Steuerschätzung 2009 für 2010 bzgl. der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie des vom Landtag am 21.10.2009 beschlossenen neu gestalteten Finanzausgleichsgesetzes verändern sich die **zentralen Zuweisungen** gegenüber dem Haushaltsplan 2009 wie folgt:

	Angaben in TEUR		
	Plan 2009	Plan 2010	Abweichung
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2.178,5	2.220,4	+ 41,9

	Plan 2009	Plan 2010	Abweichung
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Zinsabschlagsteuer	7.389,0	7.530,5	+ 141,5
- Schlüsselzuweisungen	26.896,1	23.865,4	./. 3.030,7
- Landeszuweisung für die Wahrnehmung übertragener Aufgaben nach § 15 FAG	7.493,6	8.302,3	+ 808,7
- Landeszuweisung für die Wahrnehmung übergemeindlicher Aufgaben nach § 16 FAG	2.193,4	3.951,0	+ 1.757,6
- Ausgleichsleistungen nach dem Konnexitätsgrundsatz	48,4	2,8	./. 45,6
- Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsausgleichsgesetz	1.932,3	2.175,3	+ 243,0
- Umlandumlage nach § 24 FAG	-	437,8	+ 437,8

3. Die Leistungen des Landes aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt sind planungsseitig wie folgt berücksichtigt:

	Plan 2009	Plan 2010	Abweichung
- aus Einsparungen des Landes beim Wohngeld	1.975,2	1.280,0	./. 695,2
- zum Ausgleich von Sonderlasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	4.488,7	4.318,5	./. 170,2
darunter aus Härtefallausgleich	1.037,4	898,8	./. 138,6

4. Die **Benutzungsgebühren** sind um 556,4 TEUR geringer als im Vorjahr mit einem Gesamtansatz von 10.982,6 TEUR geplant worden. Die im Nachtragshaushalt 2009 festgesetzten zusätzlichen Einnahmen aus Parkgebühren aus der Abrechnung der Verwaltungstätigkeit der LEGmbH bezüglich der treuhänderisch verwalteten Parkraumflächen des ebenerdigen öffentlich-rechtlichen Straßenraumes der Jahre 2007 und 2008 in Höhe von 381,3 TEUR konnten 2010 nicht planwirksam gemacht werden, da es sich um nicht regelmäßige Einnahmen handelt.

Die in dem Bereich der Abfallwirtschaft geplanten Ausgaben sollen vollständig durch die geplanten Gebühreneinnahmen gedeckt werden. Bereits in der Jahresrechnung 2008 wurde aufgrund der nicht realisierten Einnahmen eine Unterdeckung in Höhe von 209,6 TEUR ausgewiesen. Die Hochrechnung der Einnahme- und Ausgabeentwicklung bis zum Jahresende 2009 ergibt wiederum einen Zuschussbedarf in Höhe von ca. 275,0 TEUR, obwohl ab 01.01.2009 eine neue Gebührensatzung in Kraft trat. Die zu Grunde gelegte Kalkulation für die Jahre 2009 und 2010 gewährleistet somit keine Kostendeckung. Die sich im Haushaltsjahr 2010 voraussichtlich ergebenden Mindereinnahmen in der Leistungsgebühr für Restabfallbehälter und der Einnahmen aus der Anlieferung MBA- Wertstoffhof sind bereits planungsseitig in Höhe von 273,5 TEUR berücksichtigt worden. Bis zum Inkrafttreten einer neuen Gebührensatzung werden die Mindereinnahmen durch eine zeitweise Entnahme

von finanziellen Mitteln aus der Sonderrücklage – Abfallwirtschaft- über den Einzelplan 9 des Vermögens- und des Verwaltungshaushaltes gegenfinanziert.

5. In den Einnahmen aus **Mieten und Pachten** werden gegenüber dem Vorjahr Mindereinnahmen in Höhe von 363,1 TEUR ausgewiesen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Die Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH verwaltete als Treuhänderin Restitutionsobjekte, über deren Rückübereignung negativ vorbeschrieben wurde. Mit der Übergabe des letzten Objektes an die SES mbH wurde dieser „Negativpool“ aufgelöst und der positive Saldo in Höhe von 471,0 TEUR in den Nachtrag 2009 eingestellt.

Durch die Anpassung von bestehenden Miet- und Pachtverträgen im Bereich der städtischen Liegenschaften an den Lebenshaltungsindex können die Planansätze in Höhe von 113,6 TEUR gegenüber dem Vorjahr erhöht werden.

6. Die **Zuweisungen vom Land** im Rahmen des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes werden um 336,6 TEUR höher mit einem Haushaltsansatz von 9.570,0 TEUR festgesetzt. Dieser Haushaltsansatz entspricht einem Verhandlungsergebnis zur Fortschreibung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes im Oktober 2009 zwischen dem Finanzministerium M-V und des Ministeriums für Soziales und Gesundheit M-V. Eine entsprechende Gesetzesfortschreibung erfolgte bislang nicht, so dass von einer fiktiven Zuweisung 2010 ausgegangen werden muss.

Mit der Neuregelung des Finanzausgleiches 2010 sind die Vorwegabzüge für die Straßenbaulastträger in Höhe von 22,3 TEUR sowie für die örtlichen Träger der Sozialhilfe und der Träger der Aufgaben nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in Höhe von 1.709,1 TEUR aufgelöst worden.

Insgesamt werden somit Minderzuweisungen vom Land in Höhe von 1.573,7 TEUR haushaltsrelevant.

7. In der Gruppierung 260- **Bußgelder**- werden Mehreinnahmen von 1.162,4 TEUR ausgewiesen. Diese Mehreinnahmen ergeben sich jedoch nicht aus dieser Einnahmeart. Die in dem Unterabschnitt 721- Müllabfuhr/ Mülldeponie- veranschlagten Zuführungen aus der Entnahme der Sonderrücklage Abfallwirtschaft müssen gem. der Buchungsvorschrift in der Ausführungsanweisung zu § 19 GemHVO verbucht werden. Die Entnahme aus der Sonderrücklage wird in speziellen Gruppierungen des Einzelplanes 9 des Vermögenshaushaltes und des Verwaltungshaushaltes erfasst und als Einnahme der Gruppe 26 im Abschnitt 72- Abfallbeseitigung- final gebucht.

Diese Entnahmen erfolgen einerseits zum Gebührenaussgleich für die bereits erläuterten Mindereinnahmen aus Benutzungsgebühren in Höhe von 275,0 TEUR. Zum anderen sind im Zuge der Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens auf die kommunale Doppik bereits planungsseitige Veränderungen im Haushaltsplan 2010 notwendig. So müssen die Aufwendungen der Abfallwirtschaft und somit der Ressourcenverbrauch der Verursachungsperiode zugeordnet werden. Dies erfordert jedoch höhere Planansätze im Jahre 2010. Für diese periodengerechte Abrechnung der Aufwendungen in Höhe von 936,9 TEUR wird die finanzielle Deckung aus der Entnahme der Sonderrücklage gewährleistet.

8. Im Haushaltsjahr 2010 wird mit geringeren Gewerbesteuernachforderungen gerechnet, so dass die **Verzinsung aus diesen Steuernachforderungen** mit einem um 120,0 TEUR gesunkenen Betrag geplant wurde.
9. Die **Zuführungen vom Vermögenshaushalt** in Höhe von 16.919,8 TEUR setzen sich wie folgt zusammen:
- aus Verkaufserlösen aus dem Grundvermögen in Höhe von 2.107,9 TEUR,
  - aus der erneuten Veranschlagung der Einnahmen aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen der Wohlfahrtseinrichtungen der HST gGmbH in Höhe von 7.400,0 TEUR,
  - aus den Einnahmen aus der Rückabwicklung des Vertrages zum Neubau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums in Höhe von 6.200,0 TEUR sowie
  - aus den Einnahmen aus der Entnahme der Sonderrücklage Abfallwirtschaft in Höhe von 1.211,9 TEUR.

Die **Gesamtausgaben** des Verwaltungshaushaltes betragen 144.610,7 TEUR. Diese gliedern sich wie folgt:

- Personalausgaben	34.124,5 TEUR
- sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	51.717,4 TEUR
- Zuweisungen und Zuschüsse	43.897,4 TEUR
- sonstige Finanzausgaben	14.871,4 TEUR

Gegenüber den Haushaltsansätzen 2009 zeigen sich ausgabeseitig folgende wesentliche Abweichungen:

1. Die **Personalausgaben** der Hauptgruppe 4 sind im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 34.124,5 TEUR geplant worden. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Reduzierung um 56,6 TEUR zu verzeichnen. Im Rahmen des Sammelnachweises 1 werden 32.252,8 TEUR ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr wird hier eine Ausgabensenkung von 91,7 TEUR ausgewiesen. Dieser Ausgabensenkung im Sammelnachweis 1 steht eine Ausgabenerhöhung in den Honoraren für freie Mitarbeiter in der Musikschule von 31,3 TEUR gegenüber.

Die Zielstellung aus dem Haushaltssicherungskonzept, 3. Fortschreibung, zum Abbau des Arbeitskräftebestandes ausgehend vom 01.01.2009 von 833 Planstellen um 22 Planstellen auf 811 Planstellen wird mit dem vorliegenden Stellenplan 2010 erfüllt. Dies wird auch durch die konsequente Einhaltung der Auflage zum Stellenplan von Seiten der Rechtsaufsichtsbehörde zur Haushaltssatzung 2009, wie die Nachbesetzung freier Planstellen aus dem vorhandenen Personalbestand und die Streichung von dann freiwerdenden Stellen, gewährleistet.

2. Die Aufwendungen des **sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes**
  - für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens, wie zur Straßenunterhaltung, für die Baumpflege und für die Spielflächen, sind aufgrund des Unterhaltungsstaus um 136,1 TEUR höher in den Plan eingestellt worden,
  - für die Bewirtschaftung der Grundstücke steigen um 379,5 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Die für die Straßenbeleuchtung geplanten Abschlagszahlungen für den Strombezug in Höhe von 485,0 TEUR waren bislang in der Gruppierung 62- Weitere Verwaltungs- und Betriebsausgaben- geplant worden. Für das Jahr 2010 erfolgte die Zuordnung in die Gruppierung 54- Bewirtschaftung der Grundstücke-. Die für den Gasbezug geplanten finanziellen Mittel sinken um 407,6 TEUR gegenüber den im Nachtrag 2009 geplanten Aufwendungen. Die Kosten für den Strom- und Wasserbezug, für die Gebäudereinigung, für die Straßenreinigung sowie für die Bewachungsleistungen machen jedoch Mehrausgaben von 259,8 TEUR erforderlich,
  - In der Gruppierung 65- Geschäftsausgaben- sind Mehrausgaben gegenüber 2009 in Höhe von 162,6 TEUR zu verzeichnen. Vorrangig resultieren diese aus den in Zusammenhang mit den geplanten Vermögensveräußerungen vorgesehenen externen Beratungsleistungen sowie aus den Aufwendungen aus einem Mediationsverfahren.
  - Die Erstattungen an den öffentlich- wirtschaftlichen Bereich weisen insgesamt eine Erhöhung um 911,6 TEUR aus. Diese resultiert aus den im Bereich der Abfallwirtschaft geplanten höheren Ausgaben für eine periodengerechten Abrechnung, gedeckt aus der Entnahme der Sonderrücklage.
  - Die **Leistungen für Unterkunft und Heizung** an Arbeitssuchende nach SGB II weisen gegenüber dem Nachtrag 2009 eine Erhö-

hung von 1.448,8 TEUR aus. Ausgehend von der voraussichtlichen Inanspruchnahme dieser Leistungen im Haushaltsjahr 2009 wird eingeschätzt, dass sich die Auswirkungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erst im Haushaltsjahr 2010 in dieser Leistungsart zeigen werden.

3. Die Gruppierung 73- **Leistungen der Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen**- weist gegenüber dem Vorjahr Mehrausgaben von 225,2 TEUR aus. Speziell betrifft dies die Leistungen für die Frühförderung von Kindern in Höhe von 122,5 TEUR und die Hilfen zur Gesundheit in Höhe von 72,7 TEUR.
4. In der Gruppierung 74 - **Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen** – werden gleichfalls Mehrausgaben in Höhe von 624,5 TEUR planungsseitig festgesetzt. Verursacht werden diese u.a. durch eine Zunahme der Anzahl der Personen, die in den Werkstätten für behinderte Menschen Eingliederungshilfe erfahren. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung des Pflegekostensatzes von 24,25 EUR/ Tag/ Person auf 26,23 EUR/ Tag/ Person vorgenommen. Diese Sozialhilfeleistungen werden im Rahmen des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes gegenfinanziert.
5. Mehrausgaben sind in dem Bereich der **Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen** in Höhe von 684,9 TEUR zu verzeichnen. Ursache dafür sind Mehraufwendungen für die Übernahme der Kita- Betreuungsgebühren nach § 90 SGB VIII, für die sozialpädagogischen Familienhilfe im Rahmen der Hilfen zur Bewältigung von Alltagsproblemen bei der Pflege und Versorgung der Kinder sowie für Leistungen der Vollzeitpflege.
6. Auch die **Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen** mussten um 253,2 TEUR höher angesetzt werden. Zur Vermeidung der Kindeswohlgefährdung ist ein steigender Bedarf in der Heimerziehung gegeben. Aus diesem Grunde sind drei weitere Hilfefälle in der Planung berücksichtigt worden. Des Weiteren werden für zwei Hilfefälle intensivste sozialpädagogische Einzelbetreuungshilfen notwendig.
7. Die **Zinsausgaben** für Kassenkredite sind um 200,0 TEUR reduziert worden. Es wird davon ausgegangen, dass durch den Abbau des Fehlbetrages 2008 und die Vermeidung eines strukturellen Defizits im Jahr 2010 eine restriktive Kassenkreditinanspruchnahme möglich wird.
8. Die **Gewerbsteuerumlage** errechnet sich aus dem Planansatz der Gewerbesteuer, dividiert durch den Hebesatz und multipliziert mit dem gültigen Bundes- und Landesvervielfältiger. Dieser Vervielfältiger wurde auf 35 für das Haushaltsjahr 2010 festgesetzt, so dass die Gewerbesteuerumlage 1.000,0 TEUR beträgt.
9. In der Gruppierung 84- **Inanspruchnahme aus Bürgschaften, Gewähr- und ähnlichen Verträgen**- ist ein Haushaltsansatz von 1.211,9 TEUR enthalten. Dieser Ansatz dokumentiert die gem. Ausführungsanweisung zu § 19 GemHVO vorgeschriebene Verbuchung der Entnahme aus der Sonderrücklage Abfallwirtschaft im Einzelplan 9 des Verwaltungshaushaltes.



10. Die erstmalige Veranschlagung der Kapitalertragssteuerabführung aus dem Gewinn der Stadtwerke Stralsund GmbH in Höhe von 420,0 TEUR sowie der SES GmbH in Höhe von 5,4 TEUR wird in der Gruppierung 841- **Sonstige Finanzausgaben**- ausgewiesen. Nunmehr muss auf den kapitalertragssteuerpflichtigen Anteil durch die SWS GmbH und die SES GmbH 25 % Kapitalertragssteuer und 5,5 % Solizuschlag an das Finanzamt abgeführt werden. Da ohnehin die Gewinnausschüttung der Stadtwerke Stralsund GmbH um 352,0 TEUR geringer, als im Haushaltssicherungskonzept, 3. Fortschreibung, gefordert war, ausfällt, erhöht sich die kommunale Belastung durch die Kapitalertragssteuerabführung um weitere 420,0 TEUR auf insgesamt 772,0 TEUR.
11. Der Haushaltsfehlbetrag des Haushaltsjahres 2008 in Höhe von 3.527,2 TEUR ist in der Gruppierung 892- **Deckung von Soll- Fehlbeträgen des Verwaltungshaushaltes**- planungsseitig im Haushaltsjahr 2010 zu veranschlagen. Gegenüber dem veranschlagten Soll- Fehlbetrag des Vorjahres von 7.068,3 TEUR errechnet sich eine Minderausgabe in Höhe von 3.541,1 TEUR.



## 2.7 Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes

Der Vermögenshaushalt umfasst in den Einnahmen und Ausgaben ein geplantes finanzielles Volumen von 48.162,0 TEUR. Eine Kreditneuaufnahme ist nicht veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 677,0 TEUR festgesetzt worden.

Die **Einnahmen** des Vermögenshaushaltes verteilen sich wie folgt:

Zuführung vom Verwaltungshaushalt	3.518,4 TEUR
Entnahmen aus Rücklagen	2.472,9 TEUR
Rückflüsse von Darlehen	18,1 TEUR
Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen	7.400,0 TEUR
Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen	4.951,2 TEUR
Beiträge und ähnliche Entgelte	531,6 TEUR
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.481,6 TEUR
Einnahmen aus Kreditneuaufnahmen	0,0 TEUR
Einnahmen aus Kreditneuaufnahmen (Umschuldung)	788,2 TEUR
<b>Gesamt</b>	<b>48.162,0 TEUR</b>

### Zuführung vom Verwaltungshaushalt

Die Zuführungen vom Verwaltungshaushalt sind im Wesentlichen untersetzt mit der Pflichtzuführung zur ordentlichen Kredittilgung in Höhe von 3.360,0 TEUR. Aus Abschreibungen im Rettungsdienst ist ein Zuführungsbetrag in Höhe von 127,0 TEUR geplant. Ein weiterer Zuführungsbetrag aus Abschreibungen ist in Höhe von 31,4 TEUR an die Sonderrücklage Winterdienst veranschlagt.

### Entnahmen aus Rücklagen

Zur Finanzierung der im Jahr 2010 veranschlagten Investitionen zur Nachsorge der Deponien Kedingshagen und Devin ist eine Entnahme aus der Sonderrücklage Abfallwirtschaft von 1.200,0 TEUR festgesetzt worden. Eine weitere zeitweise Entnahme aus dieser Sonderrücklage erfolgt, um Mindereinnahmen im Verwaltungshaushalt in Höhe von 275,0 TEUR auszugleichen. Auch auf der Ausgabenseite zeichnet sich ein erhöhter Bedarf durch die im Zuge der Doppik-Umstellung erforderliche periodengerechte Abgrenzung der Aufwendungen in Höhe von 936,9 TEUR ab, welcher ebenfalls der Sonderrücklage entnommen werden soll. Für geplante Investitionen im Rettungsdienst und Winterdienst werden den aus Abschreibungen gebildeten Sonderrücklagen für den Rettungsdienst 90,0 TEUR und für den Winterdienst 25,0 TEUR

### Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen

Bereits mit der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde am 11.10.2007 als eine Maßnahme zur Erhöhung der Einnahmen beschlossen, die Geschäftsanteile der Wohlfahrtseinrichtung der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH zu verkaufen. Der Verkaufserlös von 7.400,0 TEUR wird im Vermögenshaushalt vereinnahmt und über die HHSt. 91500.90100 dem Verwaltungshaushalt zugeführt. Diese Einnahmen waren schon Bestandteil des Haushaltsplanes 2009, konnten aber nicht realisiert werden. Bisher wurde ein einstufiges Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Die Ergebnisse sind der Bürgerschaft am 03.12.2009 vorgestellt worden. Das Verfahren wird fortgesetzt. Zur Begleitung wird eine Projektsteuergruppe gebildet. Aus den zu spezifizierenden Angeboten wird die Bürgerschaft eine Vorauswahl der Unternehmen treffen, mit denen dann konkrete Vertragsverhandlungen durchgeführt werden.

### Einnahmen aus der Veräußerung von Anlagevermögen

Vorrangig zum Zweck des Ausgleichs des Verwaltungshaushaltes sollen auch weiterhin Vermögenswerte, die nicht der kommunalen Aufgabenerfüllung dienen, veräußert werden. Der festgesetzte Planansatz für die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen von 3.244,2 TEUR wird in Höhe von 1.136,3 TEUR zur Finanzierung von Investitionsvorhaben eingesetzt und in Höhe von 2.107,9 TEUR an den Verwaltungshaushalt abgeführt. Im Haushaltsplan 2010 sind außerdem Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken des städtebaulichen Sanierungsgebietes zur Refinanzierung der Eigenanteile zur Städtebauförderung mit 1.700,0 TEUR veranschlagt.

## Beiträge und ähnliche Entgelte

Die Einnahmen resultieren aus dem Umlageverfahren städtischer Satzungen. Dabei handelt es sich um Kanalanschlussbeiträge in Höhe von 200,0 TEUR. Seit dem Jahr 1997 werden Kanalanschlussbeiträge erhoben. Von der kalkulierten Gesamtsumme in Höhe von 39.501,7 TEUR, die nach der gültigen Beitragssatzung zu vereinnahmen ist, konnten einschließlich der Anteile für die städtischen Grundstücke mit Stand vom 30.11.2009 insgesamt 36.011,6 TEUR als Ist-Einnahmen realisiert werden. Aus Straßensanierungen in Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes sind Beitragseinnahmen in Höhe von 310,0 TEUR veranschlagt.

## Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Für förderfähige Investitionsmaßnahmen wurden Fördermittelanträge gestellt bzw. liegen rechtskräftige Zuwendungsbescheide vor. Die geplanten Investitionen sind nur mit Hilfe von folgenden Fördermitteln zu realisieren:

- Zuwendung nach ILERL M-V für Rekonstruktion der Mahnkeschen Mühle im Tierpark	115,1 TEUR
- Zuwendung vom Land (POMERANIA) für grenzüberschreitendes Musikschulprojekt	1.665,2 TEUR
- Bundesförderung zum Ausbau der Kindertagesförderung für drei Kitas	868,2 TEUR
- Zuwendung des Landes zur energetischen Gebäudesanierung für Turnhalle Grünthal	1.032,9 TEUR
- Zuwendungen von Bund und Land aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm für die Umgestaltung Seebad	708,3 TEUR
- Zuwendung vom Land aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe für Anlegestege Minikreuzfahrt	1.072,1 TEUR
- Zuwendung vom Land für die Rekonstruktion des Frankendamms	400,0 TEUR
- Zuschuss vom Land für Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzeshöhe, 2. BA	1.162,6 TEUR
- Städtebaufördermittel für Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen in Grünhufe und Knieper West	775,8 TEUR
- EFRE-Mittel für die Sanierung der Seestraße	187,5 TEUR
- Städtebaufördermittel für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen in der Altstadt	5.591,4 TEUR
- Bundes- und Landesmittel aus dem Programm "Investitionen in nationale UNESCO Welterbestätten"	2.855,4 TEUR

Gemäß Haushaltserlass 2010 vom 27.11.2009 wurden für übergemeindliche Aufgaben nach § 16 FAG 4.358,5 TEUR und für den investiven Anteil der Schlüsselzuweisungen nach § 11 FAG 994,3 TEUR eingeordnet.

Aus der Rückabwicklung des Vertrages zum Neubau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums werden aus der anteiligen Rückzahlung des im Jahr 2006 ausgezahlten Investitionszuschusses Einnahmen in Höhe von 6.200,0 TEUR erwartet.

## Kredite

Eine Neuaufnahme von Investitionskrediten ist nicht geplant.

Im Jahr 2010 endet die Zinsbindung eines Investitionsdarlehens aus dem Jahr 1999. In Höhe der Restschuld von 788,2 TEUR ist eine Umschuldung veranschlagt.

Die **Ausgaben** des Vermögenshaushaltes entfallen auf:

Zuführung zum Verwaltungshaushalt	9.507,9 TEUR
Sonstige Zuführungen zum Verwaltungshaushalt	7.411,9 TEUR
Zuführung an Rücklagen	183,4 TEUR
Vermögenserwerb und Kapitaleinlagen	2.160,4 TEUR
Baumaßnahmen	19.797,9 TEUR
Tilgung von Krediten	3.360,0 TEUR
Tilgung von Krediten (Umschuldung)	788,2 TEUR
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	4.952,3 TEUR
<b>Gesamt</b>	<b>48.162,0 TEUR</b>

## Zuführung an den Verwaltungshaushalt

Auf der Grundlage des Beschlusses der Bürgerschaft zum Haushaltssicherungskonzept vom 11.10.2007 werden Verkaufserlöse aus dem allgemeinen Grundvermögen in Höhe von 2.107,9 TEUR und die Einnahmen aus der Veräußerung von Geschäftsanteilen der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH in Höhe von 7.400,0 TEUR primär zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes eingesetzt.

## Sonstige Zuführungen zum Verwaltungshaushalt

Die Einnahmen aus der Rückabwicklung des Vertrages zum Neubau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums in Höhe von 6.200,0 TEU sowie die der Sonderrücklage Abfallwirtschaft entnommenen Mittel für den Gebührenaussgleich (275,0 TEUR) und eine periodengerechte Abrechnung (936,9 TEUR) werden ebenfalls primär zur Entlastung des Verwaltungshaushaltes zugeführt.

### Zuführung an Rücklagen

Die Zuführungen an Rücklagen umfassen im Wesentlichen die Zuführungen an die Sonderrücklage Rettungsdienst aus Abschreibungen in Höhe von 127,0 TEUR und die Zuführungen an die Sonderrücklage Winterdienst aus Abschreibungen in Höhe von 31,4 TEUR. Im Jahr 2006 wurde eine Sonderrücklage gebildet, die der Ersatzbeschaffung der Ausrüstung beim Feuerschutz Ostsee dient. Die hierfür zur Verfügung gestellten Fördermittel in Höhe von 25,0 TEUR werden vollständig der Sonderrücklage zugeführt.

### Vermögenserwerb und Kapitaleinlagen

Die Veranschlagung von 509,2 TEUR für eine Einzahlung in das Kernkapital der Sparkasse Vorpommern und von 970,9 TEUR aus der Bürgerschaftsinanspruchnahme erfolgte auf der Grundlage des Beschlusses der Bürgerschaft Nr.2005-IV-03-0261 vom 17.03.2005 zur Fusion der Sparkasse der Hansestadt Stralsund mit der Sparkasse Vorpommern im Jahr 2005. Bewegliche Sachen des Anlagevermögens sollen für 569,1 TEUR angeschafft werden, darunter Ausstattungen für Schulen und Berufsschulen mit 263,3 TEUR und die PC-Einrichtungen der Verwaltung mit 100,0 TEUR. Insgesamt 147,0 TEUR werden für die feuerwehrtechnische Ausstattung und den Rettungsdienst berücksichtigt. Für die Anschaffung von Maschinen und Geräten für die Sportstätten sind 10,0 TEUR geplant. Um die Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken gewährleisten zu können, ist es notwendig, Ausgaben für Gutachten und Vermessungen zu planen. Hierfür wurden 97,7 TEUR eingeordnet.

### Baumaßnahmen

Schwerpunkte werden durch folgende Vorhaben gesetzt:

*Errichtung eines Sicherheitstechnischen Zentrums für die Feuerwehr*

300,0 TEUR

Das geplante Sicherheitstechnische Zentrum mit Gesamtkosten von 3.250,0 TEUR soll in zwei Bauabschnitten mit Hilfe von Städtebaufördermitteln realisiert werden. Nach den bereits in Vorjahren durchgeführten Modernisierungen werden in einem 2.BA die denkmalgeschützte Villa Seestraße 9 saniert sowie eine Fahrzeughalle für die Freiwillige Feuerwehr errichtet. Um die Fertigstellung Ende 2010 gewährleisten zu können, soll bereits im Frühjahr Baubeginn sein. In einem 3.BA sollen dann die beiden weiteren Fahrzeughallen am Fährwall errichtet sowie die Halle und das Lager an der Johannistorstraße saniert und umgebaut werden. Als zusätzlichen Eigenanteil für die nicht förderfähigen Kosten wird die Hansestadt Stralsund insgesamt 1.139,0 TEUR zur Verfügung stellen, davon 300,0 TEUR bereits im Jahr 2010.

*Außenanlagen Grundschule Karsten Sarnow*

450,0 TEUR

Ein Gebäude des ehemaligen Herder-Gymnasiums wird in den Jahren 2009 und 2010 komplett für eine Nutzung durch die Grundschule Karsten Sarnow mit Hilfe von Mitteln des Bundes und des Landes in Durchführung des Zukunftinvestitionsgesetzes saniert . Für die Aufnahme des Schulbetriebes zum Schuljahresbeginn 2010/2011 ist es zwingend notwendig, auch die Außenanlagen herzustellen. Für diese nicht geförderte Teilmaßnahme sind 450,0 TEUR veranschlagt.

*Außenanlagen gymnasialer Schulteil des "Schulzentrums am Sund"*

143,0 TEUR

Die Sanierung der Außenanlagen umfasst 572,0 TEUR. Das Vorhaben wird mit Städtebaufördermitteln durch die SESmbH realisiert. Für die nicht förderfähigen Kosten werden zusätzlich zu dem städtischen Eigenanteil 143,0 TEUR bereitgestellt.

*Rekonstruktion der Mahnkaschen Mühle*

162,0 TEUR

Die Mahnkasche Mühle soll sich als Informations-, Bildungs- und Begegnungsstätte in die Kulturlandschaft der Region Vorpommern einfügen. Für den Wiederaufbau der Mühle im Tierpark sind insgesamt 400,0 TEUR veranschlagt. An der Finanzierung beteiligen sich das Amt für Landwirtschaft mit Mitteln aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums(ELER), die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung sowie das Amt Niepars. Die Hansestadt Stralsund wird den nationalen Kofinanzierungsanteil übernehmen und dafür 83,0 TEUR Eigenanteil zur Verfügung stellen. Das Vorhaben wurde im Jahr 2009 begonnen und wird mit den veranschlagten Mitteln des Jahres 2010 fertiggestellt.

*Sanierung Kita Lütt Matten*

143,9 TEUR

Durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit M-V werden Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesförderung für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr bereitgestellt. Es werden vorrangig Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen gefördert, die u.a. auch die Beseitigung von hygienischen Mängeln zur Folge hat. Deshalb wurde die Fassadensanierung der Kita "Lütt Matten" als Bestandteil der Prioritätenliste zum Ausbau der Kindertagesförderung (Beschluss Nr. JHA 01-02/2009) mit aufgenommen. Die Kita ist ebenfalls Bestandteil der gültigen Kitaplanung über das Jahr 2013 hinaus. Die Komplettsanierung der Südfassade erfolgt aus Mitteln der Jahre 2009 und 2010. Im Jahr 2010 sind Ausgaben von 143,9 TEUR eingeordnet. Fördermittel sind in Höhe von 101,4 TEUR veranschlagt.



### *Energetische Gebäudesanierung Sporthalle Grünthal*

1.286,6 TEUR

Auf der Grundlage der Richtlinie über die Förderung der energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden M-V (Investitionspaktrichtlinie) hat das Landesförderinstitut M-V mit Bescheid vom 18.08.2009 eine 85 %ige Förderung für die energetische Erneuerung des Gebäudes "Turnhalle Grünthal" bewilligt. Mit einem Förderbetrag von 1.032,9 TEUR und Eigenmitteln von 253,6 TEUR (einschließlich der nicht förderfähigen Kosten) soll das Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 1.286,6 TEUR realisiert werden.

### *Umgestaltung Seebad Sundpromenade*

833,4 TEUR

Es ist geplant, die derzeitige Seebadeanstalt in einen touristischen Freizeitbereich mit Strandqualität, Grünflächen und Spielmöglichkeiten am Wasser umzugestalten. Im heutigen Freibad wird die neue Seebadeanstalt mit gastronomischen Einrichtungen, Badesteg und ca. 400 m langen naturnahem Ufer entstehen. Hierfür wurde eine Förderung beim Landesförderinstitut beantragt. Ein aktualisierter Förderantrag von November 2009 beinhaltet für den ersten Bauabschnitt investive Maßnahmen in einem Volumen von 2.570,0 TEUR. Bei einer 85 %igen Förderung im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms in Höhe von 2.184,0 TEUR umfasst der Eigenanteil 386,0 TEUR. Das Vorhaben soll im Jahr 2010 begonnen und 2012 fertiggestellt sein. Für das Jahr 2010 ist ein Ausgabevolumen in Höhe von 833,4 TEUR geplant.

### *Anlegestege für Minikreuzfahrt*

1.340,2 TEUR

Mit dem Vorhaben "Minikreuzfahrt auf dem Strelasund" soll das touristische Angebot in und um Stralsund noch attraktiver gestaltet werden. Durch den Bau von zwei weiteren Anlegestegen (Dänholm und Devin) für Fährschiffe ergeben sich verschiedene Kombinationsmöglichkeiten, die Landschaft landseitig sowie vom Wasser aus zu erleben. Das Kostenvolumen gemäß Förderantrag umfasst 1.340,2 TEUR. Das Vorhaben soll zu 80 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gefördert werden, wofür Einnahmen von 1.072,1 TEUR eingeordnet wurden.

### *Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen in den Stadtteilen Grünhufe und Knieper West*

1.050,4 TEUR

Die vollständige Veranschlagung der Städtebaufördermittel im Hoheitshaushalt, gemäß Erlass des Innenministeriums M-V zur Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen für das Haushaltsjahr 2008, erfordert auch die Einordnung der Ausgaben der Fördermittel und der Eigenanteile je Programmjahr. Die Bewirtschaftung des städtebaulichen Sondervermögens erfolgt unverändert treuhänderisch durch den städtischen Sanierungsträger „Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH“ auf der Grundlage der Maßnahmepläne. In Vorbereitung der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens ist bei der Veranschlagung der Ausgaben eine Trennung der Haushaltsstellen von Eigenmitteln und Fördermitteln vorgenommen worden, da künftig die Fördermittel bei der Ausreichung nur im Städtebaulichen Sondervermögen und nicht mehr im Kernhaushalt zu verbuchen sind.

*Rekonstruktion Frankendamm*

500,0 TEUR

500,0 TEUR VE

Der Frankendamm wird derzeit innerhalb der Grenzen des städtebaulichen Sanierungsgebietes mit Hilfe von Städtebaufördermitteln und EFRE-Mitteln durch den städtischen Sanierungsträger saniert. Den 3.BA von der Sanierungsgebietsgrenze bis zum Knotenpunkt Werftstraße sowie die Neugestaltung des Knotenpunktes (4.BA) wird die Stadt selbst beauftragen. Die Gesamtkosten umfassen 1.942,0 TEUR. Eine Förderung nach Komm StraBau RL MV ist vorgesehen, wofür Einnahmen von insgesamt 1.300,0 TEUR eingeordnet sind. Das Vorhaben soll planmäßig 2012 abgeschlossen werden.

*Straßensanierungen im Rahmen der Realisierung des Abwasserbeseitigungskonzeptes*

171,0 TEUR

177,0 TEUR VE

Diese Straßensanierungen sind Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt, welches sich aus den Fristsetzungen und Verfügungen des STAUN Stralsund ableitet. Die Maßnahmen sind gemeinsam mit den Stadtwerken Stralsund GmbH geplant und abgestimmt. Beginnend mit dem Jahr 2000 wurden bisher insgesamt 4.208,8 TEUR hierfür zur Verfügung gestellt. Die im Rahmen der Realisierung des Abwasserbeseitigungskonzeptes begonnenen Arbeiten in der südlichen Tribseer Vorstadt sollen auch 2010 fortgesetzt werden.

*Städtische Anteile an der Sanierung von Bahnübergängen*

291,0 TEUR

Die Hansestadt Stralsund hat sich nach Eisenbahnkreuzungsgesetz auf der Grundlage einer Vereinbarung an den Sanierungskosten für Bahnübergänge zu beteiligen. Für das Jahr 2010 sind die Bahnübergänge "Andershofer Dorfstraße" und Voigdehäger Weg" für eine Sanierung vorgesehen. Der Kostenanteil der Stadt in Höhe von 291,0 TEUR wird nach KommStraBau RL MV gefördert, wofür Einnahmen von 174,0 TEUR veranschlagt sind.

*Sanierung Rohrleitung Graben 6 Voigdehäger Weg*

137,0 TEUR

Der sehr schlechte Zustand des Kanals macht eine Sanierung dringend erforderlich. Weitere Verzögerungen können zu Einbrüchen im Bereich des Voigdehäger Weges führen, was mit Straßensperrungen und erheblichen Kosten verbunden wäre. Die Ausschreibungsunterlagen sind aus den in Vorjahren zur Verfügung gestellten Planungsmitteln erarbeitet. Mit dem Planansatz von 137,0 TEUR kann das Vorhaben im Jahr 2010 realisiert werden.

### *Sanierung Zuckergraben*

156,0 TEUR

Die Sanierung des Zuckergrabens ist die Voraussetzung für den Ausbau des 3. und 4. BA Frankendamm einschließlich der Erschließung der angrenzenden Bebauung zwischen Hühnerberg und Werftstraße. Es ist geplant, die Sanierung des Zuckergrabens gemeinsam mit der Stadtwerke Stralsund GmbH durchzuführen. Bisher wurden Mittel in Höhe von rd. 143,0 TEUR bereitgestellt. Mit den Planansätzen 2009 und 2010 soll das Vorhaben mit geplanten Gesamtkosten von 448,8 TEUR realisiert werden.

### *Abdeckung und Nachsorge der Deponien*

1.200,0 TEUR

Zur Abdeckung der Deponie Devin werden organische Bodenmassen verwandt, die aus den Nassbaggerungen des Vorhabens „Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzeshöhe, 2. BA“ auf dem Spülfeld Drigge zwischengelagert wurden und nun in den natürlichen Kreislauf zurückgeführt werden. Die Kosten der Rekultivierung sind Bestandteil der Förderung. Für das Jahr 2010 erfolgt eine Vorfinanzierung der Fördermittel aus Mitteln der Sonderrücklage Abfallwirtschaft, weil die gemäß Zuwendungsbescheid für 2010 maximal abrufbaren Fördermittel vorrangig in die Erschließung des "Maritimen Industrie- und Gewerbegebietes" fließen. Im Jahr 2011 ist eine Refinanzierung an die Sonderrücklage geplant. Der Eigenanteil für die Oberflächenabdeckung wird planmäßig aus Mitteln der Sonderrücklage Abfallwirtschaft finanziert. Der Vorplatz der Deponie Kedingshagen wird gegenwärtig weiter profiliert und soll im Jahr 2010 abgedeckt werden. Darüber hinaus ist beabsichtigt, den Deponiekörper mit Sickerwasser zu befeuchten, damit sich die Deponiegasproduktion verbessert und sich die Setzung des Deponiekörpers beschleunigt.

### *Städtebauförderungsmaßnahmen im städtebaulichen Sanierungsgebiet Altstadt*

11.468,4 TEUR

Die vollständige Veranschlagung der Städtebaufördermittel im Hoheitshaushalt, gemäß Erlass des Innenministeriums M-V zur Aufstellung der Haushaltspläne der Kommunen für das Haushaltsjahr 2008, erfordert auch die Einordnung der Ausgaben der Fördermittel und der Eigenanteile je Programmjahr. Die Bewirtschaftung des städtebaulichen Sondervermögens erfolgt unverändert treuhänderisch durch den städtischen Sanierungsträger „Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH“ auf der Grundlage der Maßnahmepläne. In Vorbereitung der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens ist bei der Veranschlagung der Ausgaben eine Trennung der Haushaltsstellen von Eigenmitteln und Fördermitteln vorgenommen worden, da künftig die Fördermittel bei der Ausreichung nur im Städtebaulichen Sondervermögen und nicht mehr im Kernhaushalt zu verbuchen sind. Neben den Städtebaufördermitteln erhält die Hansestadt Stralsund auch eine Förderung aus dem Programm "Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten". Mit diesen Mitteln und den städtischen Eigenmitteln können Maßnahmen in einem Umfang von insgesamt 9.260,0 TEUR realisiert werden.

Der Anteil des Jahres 2010 beträgt davon 3.312,2 TEUR. Schwerpunktmäßig fließen diese Mittel in die Klosteranlage St. Johannis, in die Welterbebegegnungsstätte Ossenreyerstr. 1, in die Kulturkirche St. Jacobi und in die Rettung von Bürgerhäusern. Der städtische Sanierungsträger, die "Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH" ist für die Realisierung der Vorhaben verantwortlich.

### Tilgung von Darlehen

Die ordentliche Tilgung aus bestehenden Kreditverträgen für Kommunaldarlehen ist in Höhe von 3.360,0 TEUR veranschlagt, darunter 536,3 TEUR Tilgungsleistungen an den Kommunalen Aufbaufonds. In Vorbereitung der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens wurden die Haushaltsstellen für die Tilgungsleistungen entsprechend den Erfordernissen des Kontenrahmenplanes detaillierter dargestellt.

Im Jahr 2010 endet die Zinsbindung eines Investitionsdarlehens aus dem Jahr 1999. In Höhe der Restschuld von 788,2 TEUR ist eine Umschuldung veranschlagt.

### Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen

Auf der Grundlage der gesetzlichen Verpflichtung nach § 41 LKHG wurden für den Krankenhausinvestitionskostenbeitrag der Hansestadt Stralsund 830,0 TEUR veranschlagt.

Die Sanierung des Landstän­de­hauses, Badenstr. 39, in der Stralsunder Altstadt begann bereits im Jahr 2001, als die Deutsche Stiftung Denkmalschutz für eine Dachsanierung 235,5 TEUR ohne finanzielle Beteiligung der Stadt zur Verfügung gestellt hat. Dies erfolgte mit der Auflage, das denkmalgeschützte Gebäude zeitnah vollständig zu sanieren. Die jahrelange intensive Zusammenarbeit der Musikschule Stralsund mit der polnischen Musikschule der Stadt Stargard Szczecinski ermöglichte es, das Projekt der Nutzung des Landstän­de­hauses durch die Musikschule Stralsund auf den Weg zu bringen. Ziel ist es, annähernd gleiche Bedingungen für die Musikschüler zu schaffen, um die gemeinsame inhaltliche Arbeit und den Austausch im Rahmen von Projekten niveauvoll gestalten zu können. Die Hansestadt Stralsund hat in die vorbereitenden Planungen bisher 159,7 TEUR investiert. Die HU-Bau liegt seit Juli 2007 vor. Die Gesamtkosten für das Bauwerk betragen lt. Kostenberechnung 4.642,6 TEUR zuzügl. der Kosten für die Ausstattung von 174,0 TEUR. Das gesamte Projekt soll zu 85 % durch die POMERANIA aus dem Förderprogramm des Interreg IVa gefördert werden.

Gemäß Kanalbaubeitragssatzung der Hansestadt Stralsund erhebt die Stadt Kanalbaubeiträge und leitet diese zur Refinanzierung der Investitionskosten an die REWA GmbH weiter. Die Einnahmen und Ausgaben von je 200,0 TEUR sind im UA 70000 geplant.

Das künftige Maritime Industrie- und Gewerbegebiet Franzeshöhe wird neben dem Erweiterungsgebiet Südhafen einziges potenciales Ansiedlungsgebiet mit seeseitiger Anbindung sein. Mit dem Abbruch der noch vorhandenen Gebäude und Anlagen sowie der Beräumung des Areals wurde die erforderliche Baufreiheit geschaffen. Anschließend erfolgt das Herrichten der künftigen Industrieflächen einschließlich der erforderlichen Erschließung. Der Bewilligungsbescheid mit Datum vom 16.04.2009 liegt vor. Den Eigenanteil trägt die LEG mbH auf der Grundlage eines städtebaulichen Vertrages. Die Fördermittel sind einnahme- und ausgabeseitig mit 1.162,0 TEUR im Haushaltsplan 2010 veranschlagt.

Für Investitionskosten des Deutschen Meeresmuseums wird die Hansestadt Stralsund als 1.Stifter einen Investitionskostenzuschuss von 178,7 TEUR bereitstellen.

Durch das Ministerium für Soziales und Gesundheit M-V werden Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesförderung für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr bereitgestellt. Die Zuwendungen werden an die Träger von zwei Kitas weitergereicht. Mit diesen Mittel und Eigenmitteln der Träger werden im Jahr 2010 ein Neubau einer Kita in der Wallensteinstraße und ein Neubau für die Kita "Zwergenhaus" entstehen.



## 2.8 Fördermittel, die durch Dritte bewirtschaftet werden

Seitens der Hansestadt Stralsund wurden Fördermittel rechtsverbindlich anerkannt, die durch wirtschaftliche Unternehmen, an denen die Hansestadt Stralsund beteiligt ist, bewirtschaftet werden.

Es wurde mit dem jeweiligen Unternehmen ein entsprechender Vertrag geschlossen.

Sofern Eigenanteile durch die Kommune aufzubringen sind, wurden diese im Haushaltsplan veranschlagt.

Angaben in EUR

Vorhaben	bewirtschaftendes Unternehmen	Höhe der Förderung	Kassenwirksamkeit	Bemerkungen
Städtebauförderung Altstadt				
A-Programm 2006	Stadterneuerungsgesellschaft	230.000	2006 – 2010	Eigenmittel von 1.865.500 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden
D-Programm 2006	Stralsund mbH	2.496.000	2006 - 2010	
Programmteil Aufwertung 2006 Altstadtinsel		2.253.000	2006 - 2010	
Städtebauförderung Altstadt				
A-Programm 2007	Stadterneuerungsgesellschaft	383.610	2007 - 2011	Eigenmittel von 2.107.000 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden
D-Programm 2007	Stralsund mbH	1.560.000	2007 – 2011	
SOS - 2007 Programmteil Aufwertung 2007 Altstadtinsel		326.000 2.724.390	2007 – 2011 2007 – 2011	
Städtebauförderung Altstadt				
A-Programm 2008	Stadterneuerungsgesellschaft	560.000	2008 – 2012	Eigenmittel von 2.360.667 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden
D-Programm 2008	Stralsund mbH	1.836.000	2008 – 2012	
SOS - 2008 Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Programmteil Aufwertung 2008/Altstadtinsel		533.333 210.000 2.500.000	2008 – 2012 2008 – 2012 2008 - 2012	

Vorhaben	bewirtschaftendes Unternehmen	Höhe der Förderung	Kassenwirksamkeit	Bemerkungen
Städtebauförderung Altstadt A-Programm	Stadterneuerungsgesellschaft mbH	3.481.319	2009 – 2013	Eigenmittel von 2.844,463 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden
D-Programm		2.415.218	2009 – 2013	
SOS – 2009		730.000	2009 – 2013	
Aktive Stadt- und Ortsteil- Zentren AZ/2009		270.000	2009 – 2013	
Programm zur Förderung des Stadtumbaus Ost Programmteil Aufwertung 2008 für Rückführung der städtischen Infrastruktur RSI/2008	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	480.000	2008 – 2012	Eigenmittel von 53.334 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden. Einen Anteil i.H. von 23.334 trägt davon die Wohlfahrtseinrichtung der HST
Programm Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf 2006 Soziale Stadt – Grünhufe	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	632.620	2006 – 2010	Eigenmittel von 316.310 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden.
Programm Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf 3007 Soziale Stadt – Grünhufe	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	600.000	2007 – 2011	Eigenmittel von 300.000 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden.
Programm Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf 2008 Soziale Stadt – Grünhufe einschl. Modellvorhaben	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	842.811	2008 – 2012	Eigenmittel von 421.405 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt. Einen Anteil i.H. von 188.072 trägt das Kreisdiakonische Werk für das Modellvorhaben.



Angaben in EUR

Vorhaben	bewirtschaftendes Unternehmen	Höhe der Förderung	Kassenwirksamkeit	Bemerkungen
Programm Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf 2009 Soziale Stadt – Grünhufe	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	530.000	2009 – 2013	Eigenanteil von 265.000 sind entsprechend den Jahresscheiben veranschlagt worden.

Vorhaben	bewirtschaftendes Unternehmen	Höhe der Förderung	Kassenwirksamkeit	Bemerkungen
Förderung des Landes M-V zur Wohnungsmarktstabilisierung durch Rückbau in räumlich festgelegten Fördergebieten	Wohnungseigentümer im Fördergebiet Grünhufe und Knieper West	601.890		Gemäß Rückbaurichtlinie zum Programm Stadtumbau Ost Abschluss von Förderverträgen zwischen HST und Eigentümern
Förderung des Landes M-V zur Erweiterung Südhafen 3.BA, Teil II	Stralsunder Hafen- und Lagerhaus GmbH	2.019.400		Eigenmittel in Höhe von 224.400 EUR werden gem. Bürgerschaftsbeschluss vom 02.11.2006 und städtebaulichem Vertrag von der SHL GmbH übernommen.
Förderung des Landes M-V zur Wiedernutzbarmachung Maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzeshöhe 2.BA	Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	5.666.000		Eigenmittel in Höhe von 775.685 werden ausgenommen der Anteile für die Rekultivierung gemäß Erschließungsvertrag vom Juli 2004 von dem Unternehmen übernommen.
Förderung des STAUN aus EFRE-Mitteln für Abwassererschließung Frankendamm, 3.BA	Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft mbH Stralsund	70.000		Eigenmittel in Höhe von 301.430 werden gemäß öffentlich-rechtlicher Zuschussvereinbarung vom 19.03.2009 von dem Unternehmen übernommen.

## 2.9 Darstellung der freiwilligen Ausgaben im Verwaltungshaushalt im Vorjahr und im Haushaltsjahr

	Haushaltsplan 2009				Haushaltsplan 2010			
	Einnahmen	Ausgaben	Personal- kosten	Sach- kosten	Einnahmen	Ausgaben	Personal- kosten	Sach- kosten
Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen:								
Theater/ Theaterpädagog. Zentrum	3.631,3	6.883,5	0,0	6.883,5	3.631,2	6.892,4	0,0	6.892,4
Musikschulen/ Musikvereine	509,1	1.246,1	966,3	279,8	504,2	1.217,2	905,5	311,7
Museen	145,1	1.506,1	723,8	782,3	132,0	1.491,9	703,9	788,0
Tierpark	248,1	1.170,8	931,1	239,7	262,0	1.226,5	977,0	249,5
sonstige Einrichtungen	13,0	274,2	252,5	21,7	13,0	285,8	261,5	24,3
Volkshochschule	258,5	634,9	272,5	362,4	253,7	647,4	275,0	372,4
Bibliotheken	42,5	1.081,9	844,0	237,9	47,4	1.147,7	807,3	340,4
Frauenhäuser	0,0	46,6	37,0	9,6	0,0	45,8	36,3	9,5
Zuschüsse für Träger der Wohlfahrtspflege	0,0	80,0	50,6	29,4	0,0	80,0	50,6	29,4
Zuschüsse zur Sportförderung	0,1	1.089,3	48,3	1.041,0	0,1	1.088,3	47,2	1.041,1
präventiver Jugendbereich	0,0	229,2	215,6	13,6	0,0	258,6	214,7	43,9
Schuldnerberatung	0,0	71,5	71,5	0,0	0,0	71,5	71,5	0,0
Projekte der Gleichstellungsbeauftragten	0,0	12,0	12,0	0,0	0,0	12,5	12,5	0,0
Zuschüsse Wirtschaftsförderung, Fremdenverkehr	0,0	223,0	0,0	223,0	0,0	220,0	0,0	220,0
Bildungs- u. Beschäftigungsgesellschaften, Arbeitsmarktförderung	0,0	52,1	37,0	15,1	0,0	105,0	81,0	24,0
Jugendfeuerwehren	0,0	0,3	0,0	0,3	0,0	0,3	0,0	0,3
Mitgliedsbeiträge StGT, Planungs- und Tourismusverbände	0,0	31,0	0,0	31,0	0,0	37,5	0,0	37,5
Städtepartnerschaften	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	40,0	0,0	40,0
Geschäftsausgaben für Fraktionen	0,0	25,9	0,0	25,9	0,0	25,8	0,0	25,8

	Haushaltsplan 2009				Haushaltsplan 2010			
	Einnahmen	Ausgaben	Personal- kosten	Sach- kosten	Einnahmen	Ausgaben	Personal- kosten	Sach- kosten
Zuschussbedarfe bei kostenrechnenden Einrichtungen (Abfallwirtschaft, Rettungsdienst, Messe- und Stadthallen, Märkte, Badeanstalten)	9,8	62,5	42,5	20,0	10,2	39,0	0,0	39,0
Sonstige nicht auf Gesetz beruhende Zuschüsse an Schulen, Einrichtungen und Vereine	0,0	6,1	0,0	6,1	0,0	6,1	0,0	6,1
Zuweisungen an übrige Bereiche (Untergruppe 717)	0,0	463,8	0,0	463,8	0,0	520,1	0,0	520,1
Unesco-Weltkulturerbe	3,5	88,0	59,8	28,2	1,5	93,9	64,9	29,0
<b>Gesamt</b>	<b>4.861,0</b>	<b>15.318,8</b>	<b>4.564,5</b>	<b>10.754,3</b>	<b>4.855,3</b>	<b>15.553,3</b>	<b>4.508,9</b>	<b>11.044,4</b>
<b>Proz. Anteil zum Gesamthaushalt:</b>		<b>10,85%</b> <b>141.182,5</b>				<b>10,76%</b> <b>144.610,7</b>		

## 2.10 Abweichungen des Finanzplanes zum Haushaltsplan 2010

	Angaben in TEUR		
	Finanzplan Jahresscheibe 2010	Haushaltsplan 2010	Abweichungen
<b>Einnahmen des Verwaltungshaushaltes</b>	<b>133.060</b>	<b>144.611</b>	<b>11.551</b>

Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen in folgenden Einnahmearten:

<u>Steuern, allgemeine Zuweisungen</u>	74.205	71.889	-2.316
--	--------	--------	--------

Auf der Grundlage des neuen Finanzausgleichsgesetzes und im Ergebnis des Erlasses zur Aufstellung der Haushaltspläne 2010 vom 27.11.2009 verringern sich die Schlüsselzuweisungen um 2.554,6 TEUR.

<u>Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb</u>	44.452	44.606	154
---	--------	--------	-----

Durch die Anpassung der bestehenden Miet- und Pachtverträge im Bereich der städtischen Liegenschaften an den Lebenshaltungsindex sind die Haushaltsansätze 2010 um 170,1 TEUR erhöht worden. Den höheren Zuweisungen des Landes im Rahmen des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes von 1.674,0 TEUR stehen die Mindereinnahmen aus dem Wegfall des Vorwegabzugs für Sozialhilfeaufwendungen aus dem FAG i. H. v. 1.709,1 TEUR gegenüber.

<u>Sonstige Finanzeinnahmen</u>	14.403	28.116	13.713
---------------------------------	--------	--------	--------

Die Zuführungen vom Vermögenshaushalt setzen sich u. a. zusammen aus der Veranschlagung der Einnahmen aus der Veräußerungen von Geschäftsanteilen der Wohlfahrtseinrichtung der HST gGmbH i. H. v. 7.400,0 TEUR und aus den Einnahmen der Rückabwicklung des Vertrages zum Neubau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums i. H. v. 6.200,0 TEUR.

	Finanzplan Jahresscheibe 2010	Haushaltsplan 2010	Abweichungen
<b>Ausgaben des Verwaltungshaushaltes</b>	<b>136.429</b>	<b>144.611</b>	<b>8.182</b>
Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen in folgenden Ausgabearten:			
<u>Personalausgaben</u>	34.148	34.125	-24
<u>Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand</u>	48.604	51.718	3.114

Die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen erhöhen sich gegenüber der Finanzplanung um 1.178,1 TEUR. Die bei den Geschäftsausgaben gegenüber dem Finanzplan um 365,0 TEUR höher veranschlagten Beträge resultieren vorrangig aus den in Zusammenhang mit den geplanten Vermögensveräußerungen vorgesehenen externen Beratungsleistungen sowie aus den Aufwendungen aus einem Mediationsverfahren. Die Erstattungen von Ausgaben an den öffentlich-wirtschaftlichen Bereich weisen bedingt durch die in der Abfallwirtschaft höher geplanten Ausgabeansätze insgesamt eine Erhöhung von 923,1 TEUR aus. Auch die Leistungsbeteiligungen bei Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden weisen gegenüber dem Finanzplan eine Erhöhung um 799,0 TEUR aus. Mit Schreiben vom 17.03.2009 teilte das Innenministerium mit, dass die Eingliederungsleistungen nach § 16 a SGB II allen Hilfeempfängern nach dem SGB II zuzurechnen sind. Dazu zählen auch die nach § 90 SGB VIII zu übernehmenden Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung. Die Planansätze mussten dementsprechend angepasst werden.

	Finanzplan Jahresscheibe 2010	Haushaltsplan 2010	Abweichungen
--	-------------------------------	--------------------	--------------

<u>Zuweisungen und Zuschüsse</u>	40.206	43.898	3.692
----------------------------------	--------	--------	-------

Der Zuschuss an freie Träger/ Anteil der Wohnsitzgemeinde nach § 20 KiföG erhöht sich gegenüber der Finanzplanung aufgrund des höheren Bedarfes und einer höheren Kapazitätsauslastung um 462,0 TEUR. Die Leistungen der Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen weisen gegenüber den Finanzplanungsdaten Mehrausgaben von 405,3 TEUR aus. Insbesondere betrifft dies die Leistungen für die Frühförderung von Kindern und die Hilfen zur Gesundheit. Durch die Erhöhung des Pflegekostensatzes und die Zunahme der Anzahl der Personen, die in den Werkstätten für behinderte Menschen Eingliederungshilfe erfahren, werden bei den Leistungen der Sozialhilfe in Einrichtungen ebenfalls Mehrausgaben i. H. v. 686,4 TEUR veranschlagt. Auch im Bereich der Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen sind Mehraufwendungen i. H. v. 1.405,6 TEUR festgeschrieben worden. Die Ursachen dafür sind die höheren Ausgaben für die Übernahme der Kita- Betreuungsgebühren nach § 90 SGB VIII, für die sozialpädagogischen Familienhilfe im Rahmen der Hilfen zur Bewältigung von Alltagsproblemen bei der Pflege und Versorgung der Kinder sowie für Leistungen der Vollzeitpflege. Auch die Leistungen der Jugendhilfe in Einrichtungen sind planungsseitig um einen um 381,1 TEUR höheren Betrag festgesetzt worc

<u>Sonstige Finanzausgaben</u>	13.472	14.871	1.399
--------------------------------	--------	--------	-------

Die Entnahme aus der Sonderrücklage Abfallwirtschaft wird dem Unterabschnitt Abfallwirtschaft in Höhe von 1.211,9 TEUR zum Gebührenaussgleich und für die periodengerechte Abrechnung gem. Ausführungsanweisung zu § 19 GemHVO zugeführt.

	Finanzplan Jahresscheibe 2010	Haushaltsplan 2010	Abweichungen
<b>Einnahmen des Vermögenshaushaltes</b>	<b>26.112</b>	<b>48.162</b>	+ <b>22.050</b>
<u>Zuführungen vom Verwaltungshaushalt</u>	3.509	3.518	+ 9
<u>Entnahmen aus Rücklagen</u>	260	2.473	+ 2.213
<p>Zur Finanzierung der im Jahr 2010 veranschlagten Investitionen zur Nachsorge der Deponien Kedingshagen und Devin ist eine Entnahme aus der Sonderrücklage Abfallwirtschaft von 1.200,0 TEUR festgesetzt worden. Ein Teilbetrag in Höhe von 700,0 TEUR dient der Vorfinanzierung der Kosten zur Oberflächenabdeckung der Deponie Devin. Diese Kosten der Rekultivierung werden gefördert im Rahmen der bewilligten Zuwendung für das maritime Industrie- und Gewerbegebiet Franzenshöhe. Mit dem Mittelabruf im Jahr 2011 erfolgt eine Refinanzierung an die Sonderrücklage. Im Jahr 2010 erfolgt außerdem eine zeitweise Entnahme aus der Sonderrücklage Abfallwirtschaft in Höhe von 1.211,9 TEUR, um Mindereinnahmen und Mehraufwendungen im Bereich der Abfallwirtschaft im Verwaltungshaushalt auszugleichen.</p>			
<u>Rückflüsse von Darlehen</u>	18	18	0
<u>Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen</u>	16	7.400	+ 7.384
<p>Die Einnahmen aus der Veräußerung der Geschäftsanteile der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH in Höhe von 7.400,0 TEUR konnten im Jahr 2009 nicht realisiert werden. Es erfolgte eine Neuveranschlagung im Haushaltsplan 2010.</p>			
<u>Einnahmen aus der Veräußerung von Sachen des Anlagevermögens,</u>	6.110	4.951	./. 1.159

Zum Zweck des Ausgleichs des Verwaltungshaushaltes sollen auf der Grundlage des Beschlusses der Bürgerschaft vom 11.10.2007 zum Haushaltssicherungskonzept verstärkt Vermögenswerte, die nicht der kommunalen Aufgabenerfüllung dienen, veräußert werden. Der Finanzplan sah für das Jahr 2010 Einnahmen aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 4.900,0 TEUR vor. Im Haushaltsplan 2010 wurden Einnahmen in Höhe von 3.244,2 TEUR festgesetzt. Die Einnahmen aus den Veräußerungen von D4-Vermögen aus dem städtebaulichen Sondervermögen, die der Entlastung der städtischen Eigenanteile an der Städtebauförderung dienen, wurden mit 1.700,0 TEUR um 500,0 TEUR höher veranschlagt.



	Finanzplan Jahresscheibe 2010	Haushaltsplan 2010	Abweichungen
<u>Beiträge und ähnliche Entgelte</u>	523	532	+ 9
<u>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</u>	14.887	28.482	+ 13.595
<p>Es werden Fördermittel für die Vorhaben „Anlegestege Minikreuzfahrt“, „Umgestaltung Seebad Sundpromenade“, die Sanierung von drei Kitas, die „Energetische Gebäudesanierung der Turnhalle Grünthal“, die Rekonstruktion der Mahnkeschen Mühle“ sowie für die Altstadtsanierung aus dem Programm „Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten“ erwartet, die in der Finanzplanung für das Jahr 2010 noch keine Berücksichtigung fanden. Die Vorhaben wurden mit dem Nachtragshaushalt 2009 bzw. erstmalig mit dem Haushaltsplan 2010 veranschlagt. Aus der Rückabwicklung des Vertrages zum Neubau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums ist außerdem eine anteilige Rückzahlung des Investitionszuschusses in Höhe von 6.200,0 TEUR geplant.</p>			
<u>Einnahmen aus Krediten</u>	789	788	./.
<b>Ausgaben des Vermögenshaushaltes</b>	<b>26.112</b>	<b>48.162</b>	<b>+ 22.050</b>
<u>Zuführung zum Verwaltungshaushalt</u>	4.916	9.508	+ 4.592
<p>Das Veräußerungsverfahren zum Verkauf der Geschäftsanteile der Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH konnte im Jahr 2009 nicht abgeschlossen werden. Die zu erzielenden Einnahmen von 7.400,0 TEUR werden im Jahr 2010 dem Verwaltungshaushalt zugeführt. Die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen werden nur in Höhe von 2.108,0 TEUR an den Verwaltungshaushalt abgeführt.</p>			
<u>Sonstige Zuführung zum Verwaltungshaushalt</u>	0	7.412	+ 7.412
<p>Dem Verwaltungshaushalt werden die Entnahmen aus der Sonderrücklage Abfallwirtschaft zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes im Bereich Abfallwirtschaft in Höhe von 1.212,0 TEUR und die Einnahmen aus der Rückabwicklung des Vertrages zum Neubau des Multifunktionalen Veranstaltungszentrums in Höhe von 6.200,0 TEUR zugeführt.</p>			

	Finanzplan Jahresscheibe 2010	Haushaltsplan 2010	Abweichungen
<u>Zuführung an Rücklagen</u>	194	183	./. 11
<u>Vermögenserwerb, Kapitaleinlagen und Inanspruchnahme aus Bürgschaften</u>	1.634	2.161	+ 527
<p>Um die Verpflichtungen aus der Bürgschaftsinanspruchnahme gegenüber der Sparkasse Vorpommern im Jahr 2009 erfüllen zu können, wurden mit dem Nachtragshaushalt 2009 die Mittel des Planansatzes für die Einzahlung in das Kernkapital der Sparkasse Vorpommern um 509,2 TEUR reduziert. Im Haushaltsjahr 2010 wurde dadurch eine Neuveranschlagung notwendig.</p>			
<u>Baumaßnahmen</u>	13.190	19.798	+ 6.608
<p>Im Haushaltsjahr 2010 können nach der Bewilligung entsprechender Fördermittel Bauvorhaben wie die „Umgestaltung des Seebades Sundpromenade“, die „Anlegestege Minikreuzfahrt“, das „Sicherheitstechnische Zentrum für die Feuerwehr“, die „Energetische Gebäudesanierung der Turnhalle Grünthal“ und Sanierungen im Altstadtgebiet begonnen werden, die lt. Finanzplanung erst in Folgejahren hätten realisiert werden können.</p>			
<u>Tilgung von Krediten einschließlich Umschuldung</u>	4.139	4.148	+ 9
<u>Gewährung von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen</u>	2.039	4.952	+ 2.913

Die Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesförderung für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr werden an die Träger für den Neubau einer Kita in der Wallensteinstraße und einen Anbau für die Kita „Zwergenhaus“ in Höhe von insgesamt 766,8 TEUR weitergereicht.

Mit der Planung und Sanierung des Landständehauses für eine Nutzung durch die Musikschule wurde die Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH im Jahr 2009 beauftragt. Die Hansestadt Stralsund wird dem Unternehmen, die Fördermittel und die Eigenanteile zur Verfügung stellen.

## 2.11 Entwicklung der Steuereinnahmen und der Finanzaufwendungen sowie der Umlagen

Einnahmen bzw. Ausgaben	Rechnungsergebnis 2006	Rechnungsergebnis 2007	Rechnungsergebnis 2008	Haushaltsplan 2009	Haushaltsplan 2010
Grundsteuer A	23,1	16,2	20,2	23,0	23,0
Grundsteuer B	4.965,8	4.882,0	5.183,9	5.200,0	5.252,0
Gewerbesteuer (brutto)	9.593,0	9.309,4	12.299,0	10.650,0	12.000,0
Vergnügungssteuer	326,6	224,4	344,7	247,0	250,0
Hundesteuer	128,7	125,6	141,7	135,0	140,0
Getränkesteuer	-	-	-	-	-
Jagdsteuer	-	-	-	-	-
Zweitwohnungssteuer	42,8	68,9	50,9	60,0	60,0
Spielbankabgabe	69,2	83,2	72,3	80,0	80,0
Sonstige Steuern	-	-	-	-	-
Anteil an der Einkommensteuer einschl Anteil am Aufkommen nach dem Zinsabschlagsgesetz	5.528,0	7.194,0	8.942,4	7.389,0	7.530,5
Allg. Schlüsselzuweisungen nach § 12 FAG	20.608,0	26.053,1	27.855,1	26.896,1	23.865,4
Überbrückungshilfe an kreisfreie Städte	-	-	-	-	-
Zuweisungen für Träger der Schülerbeförderung nach § 17 FAG	-	-	-	-	-
Zuweisungen für den öffentlichen Personennahverkehr nach § 18 FAG	603,3	607,0	592,4	596,5	591,3
Zuweisungen für Theater und Orchester nach § 19 FAG	3.564,9	3.622,9	3.647,8	3.631,3	3.631,2
Zuweisungen für die Wahrnehmung gesetzlich übertragener Aufgaben nach § 15 FAG	7.551,4	7.551,4	7.515,0	7.493,6	8.302,3

Einnahmen bzw. Ausgaben	Rechnungsergebnis 2006	Rechnungsergebnis 2007	Rechnungsergebnis 2008	Haushaltsplan 2009	Haushaltsplan 2010
Zuweisungen für übergemeindliche Aufgaben nach § 16 FAG	1.829,7	1.829,8	2.196,3	2.193,4	3.951,0
Zuweisungen für Träger der örtlichen Sozialhilfe (§10g FAG)	1.726,6	1.709,1	1.709,1	1.709,1	-
Ausgleichsleistung nach dem Familienleistungsausgleichsgesetz	1.489,5	1.762,9	1.861,0	1.932,3	2.175,3
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt	1.915,3	2.009,9	2.100,6	1.975,2	1.280,0
Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von Sonderlasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	3.627,5	5.219,7	4.442,8	4.488,7	4.318,5
Umlandumlage nach § 24 FAG	-	-	-	-	437,8
Zuweisung u.a. Festbetrag Konnexität	47,8	49,9	48,3	48,4	2,8
<b>Allgem. Deckungsmittel insgesamt</b>	<b>63.641,2</b>	<b>72.319,4</b>	<b>79.023,5</b>	<b>74.748,6</b>	<b>73.891,1</b>
Kreisumlage	-	-	-	-	-
Krankenhausfinanzierungs- Umlage	-	-	-	-	-
Amtsumlage	-	-	-	-	-
Umlage zur Deckung der Kosten in besonderen Fällen	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage	864,0	1.070,1	762,4	811,5	1.000,0
<b>Umlagen insgesamt</b>	<b>864,0</b>	<b>1.070,1</b>	<b>762,4</b>	<b>811,5</b>	<b>1.000,0</b>
<b>Überschuss des Abschnittes 90</b>	<b>62.777,2</b>	<b>71.249,3</b>	<b>78.261,1</b>	<b>73.937,1</b>	<b>72.891,1</b>
<u>Nachrichtlich</u>					

Einnahmen bzw. Ausgaben	Rechnungsergebnis 2006	Rechnungsergebnis 2007	Rechnungsergebnis 2008	Haushaltsplan 2009	Haushaltsplan 2010
Spezielle Finanzausweisungen des Landes für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des Vermögenshaushaltes	9.059,9	12.517,4	14.575,9	12.252,0	19.395,1



**2.12 Maßnahmebezogene Darstellung der Verwendung der Zuweisung für übergemeindliche Aufgaben nach § 16 FAG und der Schlüsselzuweisung für investive Zwecke nach § 11 FAG**

Angaben in EUR

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Ausgaben 2010	FAG § 16	FAG § 11
02000 93503	PC-Einrichtungen	98.000	98.000	
13000 94129	Neubau Sicherheitstechnisches Zentrum	300.000	300.000	
20000 93504/8	Ausstattungen für Schulen und Berufsschulen	50.000	50.000	
24053 93507	Ausstattung Fachkabinett Berufliche Schule	50.000	50.000	
21004 94102	Sanierung Außenanlagen K.-Sarnow-Grundschule	450.000	285.700	164.300
28066 94102	Sanierung Außenanlagen Schulzentrum Am Sund	143.000	143.000	
32201 98707	Zuschuss an Deutsches Meeresmuseum	178.700	178.700	
32300 94116	Rekonstruktion Mahnkesche Mühle	162.000	83.000	
33100 98506	Planung/Sanierung Landständehaus für Musikschule	1.323.000	85.700	
46400 94102	Sanierung Kita Lütt Matten	143.900	42.500	
51000.98101	Krankenhausinvestitionskostenbeitrag nach § 41 LKHG	830.000		830.000
56000 94120	Energetische Gebäudesanierung Turnhalle Grünthal	1.286.600	253.700	
57100 95100	Umgestaltung Freibad	833.400	125.100	
60400 95117	Anlegestege Minikreuzfahrt	1.340.200	268.100	
UA 61500	Eigenanteile Wohnumfeldverbesserung	274.600	274.600	
63000 95040	Rekonstruktion Frankendamm	500.000	100.000	
63000 95124/5	Städtische Anteile an der Sanierung von Bahnübergängen	291.000	117.000	
69000 95007	Sanierung Rohrleitung Voigdehäger Weg	137.000	137.000	
69000 95015	Instandsetzung Talsperre Andershof	79.000	79.000	
69000.96010	Sanierung Zuckergraben	156.000	156.000	
87700 93000	Einzahlung in Kernkapital der Sparkasse Vorpommern	509.200	397.300	
UA 88200	Eigenanteile für Städtebauförderungsmaßnahmen	1.134.100	1.134.100	
	<b>Gesamt</b>		<b>4.358.500</b>	<b>994.300</b>





## 2.13 Entwicklung der Gebühren, Entgelte und zweckgebundenen Abgaben

Angaben in TEUR

	Rechnungs- ergebnis 2005	Rechnungs- ergebnis 2006	Rechnungs- ergebnis 2007	Rechnungs- ergebnis 2008	Haushalts- plan 2009	Haushalts- plan 2010
	<b>12.161,7</b>	<b>11.693,9</b>	<b>11.745,4</b>	<b>12.573,3</b>	<b>12.486,0</b>	<b>12.198,6</b>
Diese Einnahmen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus:						
1. Gebühren der Ordnungsverwaltung	585,1	579,4	572,1	466,3	487,5	463,2
2. Einnahmen des Veterinärwesens	2,6	3,1	5,8	4,4	6,4	6,4
3. Verwaltungsgebühren der Abt. Liegenschaften	32,6	37,1	35,5	46,1	9,0	10,0
4. Standesamt	52,0	52,8	55,2	58,8	42,0	45,0
5. Verwaltungsgebühren des Meldewesens	246,5	178,1	173,5	168,0	164,7	173,4
6. Einnahmen der Berufsfeuerwehr	49,2	16,7	24,7	17,7	20,0	10,0
7. Benutzungsgebühren aus dem Rettungsdienst	2.428,6	2.637,6	2.561,7	2.638,3	2.731,1	2.776,6
8. Eintrittsgelder Kulturhistorisches Museum/ Gotisches Giebelha	68,0	66,9	96,7	95,0	90,0	97,0
9. Gebühren der Musikschule	271,5	273,2	271,6	288,1	296,7	296,7
10. Gebühren der Volkshochschule	131,1	159,0	154,0	159,5	128,0	130,0
11. Gebühren des Gesundheitsamtes	103,8	133,0	142,3	158,9	130,0	130,0
12. Benutzungsgebühren Sportstätten	65,1	73,1	72,3	65,5	68,6	62,0
13. Tiefbauverwaltung	63,7	73,2	87,1	95,4	60,0	60,0
14. Eintrittsgelder Tierpark	168,1	151,8	193,8	222,4	187,3	200,0
15. Gebühren für Straßensondernutzung	201,7	126,3	118,7	199,1	180,0	180,0
16. Einnahmen aus Parkgebühren	432,4	400,0	400,0	1.135,0	600,0	600,0
17. Verwaltungsgebühren der Abt. Stadtplanung	0	0	0	2,3	27,0	27,0
18. Verwaltungsgebühren der Abt. Bauordnung	279,6	261,7	304,0	421,3	230,0	200,0
19. Straßenreinigungsgebühren	719,7	723,4	723,3	718,7	807,8	800,0
20. Gebühren für die Abfallbeseitigung	5.780,2	5.295,8	5.263,9	5.058,5	5.669,4	5.395,9
21. Liegeplatzgebühren	76,1	75,5	79,8	76,2	75,0	123,0
22. Standgebühren Wochenmärkte	78,7	71,4	63,7	58,2	11,6	0,0
23. Benutzungsgebühren der Vogelsanghalle und des Sportbades	182,7	185,0	193,50	199,0	187,0	197,3
<b>Gesamt</b>	<b>12.019,0</b>	<b>11.574,1</b>	<b>11.593,2</b>	<b>12.352,7</b>	<b>12.209,1</b>	<b>11.983,5</b>



## **Verpflichtungsermächtigungen 2010** (in TEUR)

Haushaltstelle	Bezeichnung	Gesamtbetrag VE	Voraussichtlich fällige Ausgaben				
			2011	2012	2013	2014	2015 und ff
63000.95040	Rekonstruktion Frankendamm	500,0	500,0	0,0	0,0	0,0	0,0
63000.95158	Straßensanierungen auf Grund der Realisierung des Abwasserkonzeptes	177,0	177,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe</b>		<b>677,0</b>	<b>677,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Nachrichtlich: im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen</b>		<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>



## 2.15 Übersicht über die Schulen, Schülerzahlen und Personalkosten nach Unterabschnitten

UA	Bezeichnung	Schülerzahl	Personalkosten (in EUR)
21003	Grundschule "Maria Montessori"	212	47.100
21004	Grundschule „Karsten-Sarnow“	226	54.000
21006	Grundschule „Gerhart- Hauptmann“	187	54.000
21007	Grundschule „Andershof“	92	52.400
21111	Grundschule „Hermann-Burmeister“	235	0
21113	Grundschule „Ferdinand-von-Schill“	176	82.700
21114	Grundschule „Juri-Gagarin“	346	65.400
22021	Realschule „Adolph-Diesterweg“	382	154.100
22024	Regionale Schule „Hermann-Burmeister“	153	81.600
22025	Regionale Schule „Marie-Curie“	259	148.200
22131	Regionale Schule „Gerhart-Hauptmann“	0	0
23041	Goethe-Gymnasium	0	0
23043	Hansa- Gymnasium	496	58.700
24055	Berufliche Schulen	2.568	264.900
27061	Sonderpädagogisches Förderzentrum „L.Steinwich“	187	54.100
27062	Schule zur individuellen Lebensbewältigung „A.Lindgreen“	49	39.900
27064	Schule für Kranke „Ernst von Haselberg“	83	14.200
28065	Schule Grünthal	586	74.000
28066	Schulzentrum am Sund	506	91.500
	<b>Gesamt</b>	<b>6.743</b>	<b>1.336.800</b>



## 2.16

**Freier Finanzspielraum**  
 (EUR/ TEUR)

EW: 57.866

Lfd.-Nr.	Bezeichnung	Gruppierungs-Nr.						
			2008	2009	2010	2011	2012	2013
1.	Zuführung zum Vermögenshaushalt	86	3.285	3.438	3.518	3.601	3.711	3.961
2.	Abzusetzen von 1: ordentliche Tilgung ohne Umschuldung	97	3.161	3.300	3.360	3.440	3.550	3.800
3.	Abzusetzen von 1: Kreditbeschaffungskosten	990	0	0	0	0	0	0
4.	Abzusetzen von 1: Zuführung gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 Nr. 1	869	124	138	158	161	161	161
5.	Abzusetzen von 1: Zuführung vom Vermögensan den Verwaltungshaushalt aus Verkaufserlösen und Beständen der Allg. Rücklage	901	4.694	8.555	9.508	4.131	0	0
6.	Finanzspielraum		./. 4.694	./. 8.555	./. 9.508	./. 4.131	0	0
		EUR/EW						
7.	nachrichtlich Fehlbedarf (Fehlbetrag)		3.866	4.387	0	4.387	0	4.387
8.	<u>nachrichtlich:</u> Kalkulatorische Einnahmen aus Abschreibungen im Verwaltungshaushalt	27	191	206	226	229	229	229





## 2.17 Übersicht über den Stand der Rücklagen (1.000 EUR)

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2009	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2010
1. Allgemeine Rücklage	0	0
2. Sonderrücklagen		
2.1 aus Abschreibungen für den Wochenmarkt	5	0
2.2 aus Abschreibungen für den Rettungsdienst	90	105
2.3 aus Abschreibungen für den Winterdienst	54	62
2.4 Rückstellung im Bereich Abfallwirtschaft	10.683	10.408
2.5 Rückstellung im Bereich Wochenmarkt	20	0
2.6 Ausstattung des Brand- und Katastrophenschutzes mit BOS-Digitalfunk	266	305
2.7 Ersatzbeschaffung für Ausrüstungen Feuerschutz Ostsee	72	97
2.9 Summe 2	11.190	10.977

### Nachrichtlich

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der letzten 3 Jahre (Ist-Ausgaben) in EUR

2007	151.715.125,80
2008	164.733.516,09
2009 Plan/ HAR	<u>143.243.214,41</u>
	459.691.856,30

Durchschnitt der letzten 3 Jahre 153.230.618,77

hiervon 1,5 % 2.298.459,28



## 2.18 Übersicht über den Stand der Schulden

(ohne Kassenkredite) - in TEUR

Art	Stand zu Beginn des Vorjahres	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres
1. Schulden aus Krediten		
1.1 Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	-	-
1.2 Land	9.432	8.877
1.3 Gemeinden und Gemeindeverbände	-	-
1.4 Zweckverbände und dgl.	-	-
1.5 sonstigem öffentlichem Bereich	-	-
1.6 Kreditmarkt	110.281	107.575
<b>Zwischensumme</b>	<b>119.713</b>	<b>116.452</b>
1.7 Innere Darlehen aus Sonderrücklagen		
1.8 Innere Darlehen von Sondervermögen ohne Sonderrechnung		
<b>Summe</b>	<b>119.713</b>	<b>116.452</b>
2. Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	5.896	5.789
<u>darin enthalten:</u>		
2.1 Schulden aus Leasingverträgen	-	-
2.2 Schulden aus Bausparverträgen	-	-
2.3 Schulden aus langfristigem Mietvertrag Hansa-Gymnasium	5.896	5.789
<u>nachrichtlich:</u>		
3. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnungen		
3.1 aus Krediten (Friedhof)	400	376
3.2 aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		



## 2.19 Übersicht über die von der Hansestadt Stralsund verbürgten Kredite

Angaben in EUR

Nr. Ausfallbürgschaft/Beschluss	Jahr	Bürgschaftssumme lt. Beschluss der Bürgerschaft	Genehmigung Rechtsaufsichts- behörde	Bürgschafts- urkunde	Kreditauf- nahme	Restschuld der Unternehmen per 31.12.2008
<b>1. Nordwasser GmbH</b> Investitions- und Rekonstruktionsvorhaben (Beschluss-Nr. 205-06/91 vom 27.06.1991, mit Beschluss-Nr. DH 95-01-001 vom 26.01.1995 für REWA GmbH als Rechtsnachfolger Nordwasser GmbH)	1990	1.816.620	1.308.396	1.308.396	1.308.396	551.015
<b>2. REWA GmbH</b> Investitions- und Sanierungsvorhaben (Beschluss- Nr. 214-05/92 vom 18.06.1992)	1992	5.059.744	5.026.613	5.026.613	5.026.613	2.643.724
<b>3. REWA GmbH</b> Bau Kläranlage (Beschluss-Nr. H 141-11/92 vom 7.12.1992)	1992	2.813.639	2.813.639	2.813.639	2.813.639	1.341.617
<b>4. REWA GmbH</b> Weiterbau Kläranlage Beschluss-Nr. 527-10/93 vom 16.12.1993 Beschluss-Nr. 2002-III-03-0694 vom 11.04.2002	1993 2002	Alt 21.770.808 Neu 11.900.000	10.225.838	2.127.086 5.266.306	2.127.086 5.266.306	5.758.079
<b>5. Stadtwerke Stralsund GmbH</b> zur Besicherung notwendiger Investitionen (Beschluss-Nr. 008-01/94 vom 27.01.1994)	1994	6.135.503	3.186.985	2.244.571	2.244.571	1.178.400

Angaben in EUR

Nr. Ausfallbürgschaft/Beschluss	Jahr	Bürgschaftssumme lt. Beschluss der Bürgerschaft	Genehmigung Rechtsaufsichts- behörde	Bürgschafts- urkunde	Kreditauf- nahme	Restschuld der Unternehmenper 31.12.2008
<b>6. Caritas-Altenhilfe gGmbH Berlin</b> Neubau Seniorenzentrum Jungfernstieg (Beschluss-Nr. 112-02/94 vom 03.03.1994)	1994	11.504.067	11.504.067	4.131.878	4.131.878	3.038.025
<b>7. Hanse-Klinikum Stralsund</b> Umbau Frauenklinik, Intensivtheraphiestation, vor- und nachstationäre Behandlung, Zentrale Sterilisation, Apotheke (Beschluss-Nr. 97-II-09-1280 vom 11.12.1997)	1997	4.765.752	4.765.752	4.765.752	2.382.876 2.382.876	1.445.205
<b>8. Stiftung Deutsches Meeresmuseum</b> Finanzierung des Eigenanteils der Stiftung bei der Errichtung des OZEANEUMS Beschluss-Nr. 2004-IV-05-0203 vom 16.12.2004 und Nr. 2005-IV-07-0415 vom 15.09.2005	2006	max. 7.400.000	5.920.000	5.920.000	5.440.000	5.440.000
<b>Summe</b>		<b>51.395.325</b>	<b>44.751.290</b>	<b>33.604.241</b>	<b>33.124.241</b>	<b>21.396.065</b>
<b>9. Sparkasse Vorpommern</b> Übernahme von Risiken aus dem Kundenkreditge- schäft der Sparkasse der Hansestadt Stralsund (Beschluss-Nr. 2005-IV-03-0261 vom 17.03.2005)	2005	Max. 2.250.000 zzgl. Zinsen	Max. 2.250.000 zzgl. Zinsen	Max. 2.250.000 zzgl. Zinsen (Sanierungsvertrag)	-	Inanspruchnahme HST per 31.12.2009 1.979.155

## 2.20 Maßnahmen und Vorhaben größeren Umfangs und ihre Folgekosten

Die Hansestadt Stralsund investiert vorrangig in die Sanierung bereits vorhandener Schulen, Kindertagesstätten, Sport- und Kulturstätten und Verwaltungsgebäude. Weiterhin werden bestehende Straßen erneuert bzw. ausgebaut. Das erfordert im Wesentlichen keine neuen Folgekosten für Personal und sächliche Verwaltungsausgaben. Ebenso fallen für Investitionszuschüsse, darunter an Unternehmen weitergereichte Fördermittel, keine diesbezüglichen Folgekosten an.

Für nachstehende Investitionen entstehen Folgekosten:

Einzelplan	Neubeginn Fortsetzung	Ausgaben 2010 (TEUR)	Fördermittel 2010 (TEUR)	Folgekosten/Jahr (TEUR)		
				a) Personalkosten	b) sächliche Verwaltungsausgaben	c) Schuldendienstausgaben
<u>3. Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege</u>						
Rekonstruktion Mahnkesche Mühle	F	162,0	162,0 davon 83,0 FAG §16	a) 0 b) 3,5 c) 0		
Sanierung Landständehaus für Musikschule	F	1.323,0	1.323,0 davon 85,7 FAG §16	a) 0 b) 51,8 c) 0		
<u>5. Gesundheit, Sport, Erholung</u>						
Umgestaltung Seebad Sundpromenade	N	833,4	833,4 davon 125,1FAG §16	a) 0 b) 7,0 c) 0		
<u>6. Bau, Wohnungswesen und Verkehr</u>						
Anlegestege für Minikreuzfahrt	N	1.340,2	1.340,2 davon 268,1 FAG §16	a) 0 b) 3,2 c) 0		





## 2.21 Übersicht über den Stand der städtischen Beteiligungen an Unternehmen im Sinne 6. Abschnitt KV M-V

Bezeichnung des Unternehmens	Stammkapital	Anteil der Stadt	
	EUR	EUR	%
1.) SWS Stadtwerke Stralsund GmbH Tochtergesellschaften: SWS Energie GmbH SWS Seehafen Stralsund GmbH REWA Regionale Wasser- und Abwassergesellschaft mbH SWS Nahverkehr Stralsund GmbH SWS Stralsunder Entsorgungs GmbH	7.670.000,00	7.670.000,00	100,0
2.) Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	1.610.600,00	1.610.600,00	100,0
3.) Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH Tochtergesellschaft: Stralsunder Innovation und Consult GmbH	6.135.502,57	6.135.502,57	100,0
4.) Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige GmbH Tochtergesellschaft: HESTIA Pflege-und Heimeinrichtung GmbH	25.600,00	25.600,00	100,0
5.) Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH	204.516,75	204.516,75	100,0
6.) Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH	905.000,00	905.000,00	100,0
7.) Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	153.400,00	76.700,00	50,0
8.) Theater Vorpommern GmbH	109.200,00	52.000,00	47,62
9.) Ostseeflughafen Stralsund/Barth GmbH	30.060,00	11.280,00	37,5
10.) Ostsee-Beteiligungs-u.Verwaltungsgesellschaft mbH i.L	51.129.188,12	5.624.210,69	11,0
11.) Berufsförderungswerk Stralsund GmbH	664.679,45	5.112,92	0,769
Gesamtsumme		22.320.522,93	



## 2.22 Übersicht über Beschlussverpflichtungen 2010 zur Kreditaufnahme städtischer Unternehmen nach § 72 KV M-V

Angaben in EUR

Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Anteil HST	Investitionskredit	Kassenkredit	Verpflichtungs- ermächtigung
1.	SWS Stadtwerke Stralsund GmbH	100%	900.000	3.503.000	0
2.	Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der Hansestadt Stralsund mbH	100%	4.645.000	250.000	0
3.	Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH	100%	6.200.000	1.687.000	8.610.000
4.	Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige GmbH	100%	0	0	0
5.	Wohlfahrtseinrichtungen der Hansestadt Stralsund gemeinnützige GmbH	100%	5.162.000	750.000	0
6.	Stralsunder Innovations- und Gründerzentrum GmbH	100,0%	0	0	0
7.	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	50%	0	0	0
8.	Theater Vorpommern GmbH (Wirtschaftsplan liegt noch nicht vor)	50,0%	-	-	-
9.	Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH	37,5%	0	75.000	0



## 2.23 Haushaltsbeziehungen zu den Unternehmen, Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts und den städtischen Eigenbetrieben

### Verwaltungshaushalt

Angaben in TEUR

UA	Bezeichnung des Unternehmens, der Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts oder des Eigenbetriebes	Haushaltsbeziehung	2010	2011	2012	2013
32201	Deutsches Meeresmuseum	Zuschuss	318	331	331	331
33010	Theater Vorpommern GmbH (komm. Zuschuss ohne FAG-Zuweisung)	Zuschuss	3.172	3.163	3.163	3.163
41280	Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft Ambulant betreutes Wohnen davon für: Werkstatt für behinderte Menschen Stralsund gemeinnützige GmbH	Zuschuss	181	181	181	181
79050	Eigenbetrieb Tourismuszentrale der Hansestadt Stralsund	Zuschuss	220	218	217	216
82100	Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH	Zuschuss	112	111	101	88
91500		Einnahme aus Veräußerung von Beteiligung / Zuführung über VmH	0	0	0	0
83000	Stadtwerke Stralsund GmbH	Einnahme aus Gewinnabführung Einnahme aus Konzessionsverträgen	2.648 1.948	3.021 1.948	3.021 1.948	3.021 1.948
87100	Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH	Einnahme aus Gewinnabführung	1.600	1.546	1.546	1.546
87200	Liegenschaftsentwicklungsgesellschaft der HST mbH	Einnahme aus Gewinnabführung	0	0	0	0
88200	Stadterneuerungsgesellschaft Stralsund mbH	Einnahme aus Gewinnabführung	33	33	33	33
91500	Wohlfahrtseinrichtungen der HST gemeinnützige GmbH	Einnahme aus Veräußerung von Geschäftsanteilen / Zuführung über VmH	7.400	0	0	0
	<b>gesamt:</b>	<b>Einnahmen aus Gewinnabführung:</b>	<b>4.281</b>	<b>4.600</b>	<b>4.600</b>	<b>4.600</b>
	<b>gesamt:</b>	<b>Einnahmen aus Konzessionsverträgen:</b>	<b>1.948</b>	<b>1.948</b>	<b>1.948</b>	<b>1.948</b>
	<b>gesamt:</b>	<b>Einnahmen über VmH aus Veräußerung von Geschäftsanteilen</b>	<b>7.400</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>gesamt:</b>	<b>Ausgaben für Zuschüsse:</b>	<b>4.003</b>	<b>4.004</b>	<b>3.993</b>	<b>3.979</b>

Vermögenshaushalt

Haushalts- stelle	Bezeichnung	Haushaltsbeziehung	2010	2011	2012	2013
32201.98707	Deutsches Meeresmuseum	Zuschuss	179	165	165	165
43210.33000	Wohlfahrtseinrichtungen der HST gemeinnützige GmbH	Einnahme aus Veräußerung von Geschäftsanteilen / Ausgabe an VwH	7.400	0	0	0
UA 615	Städtebaufördermittel und Eigenanteile der Hansestadt Stralsund an SESmbH (Sonder- vermögen der HST) für Wohnumfeldverbesserungs- maßnahmen Knieper West und Grünhufe	Ausgabe	1.051	996	967	911
70000.98502	Refinanzierung verauslagter Investitionen	Ausgabe	200	940	100	100
88300.98502	im Abwasserbereich an REWA GmbH	Ausgabe	1	500	0	0
79170.98506	Investitionszuschuss an LEGmbH für maritimes Industrie- und Gewerbegebiet Franzeshöhe, 2. BA	Ausgabe	1.440	172	0	0
82100.33000	Ostseeflughafen Stralsund-Barth GmbH	Einnahme aus Veräußerung von Beteiligung / Ausgabe an VwH	0	0	0	0
88200.34000	Verkauf von D4 Vermögen durch Stadterneuerungsgesellschaft der HST mbH zur Refinanzierung der Eigenanteile aus Städtebauförderung	Einnahme	1.700	1.540	1.353	889
UA 882	Städtebaufördermittel und Fördermittel für UNESCO-Welterbestätten, sowie Eigenmittel der Hansestadt Stralsund an SESmbH (Sondervermögen der HST) für Altstadt- sanierung	Ausgabe	11.469	10.789	10.638	8.341
	<b>gesamt:</b>	<b>Einnahmen:</b>	<b>9.100</b>	<b>1.540</b>	<b>1.353</b>	<b>889</b>
	<b>gesamt:</b>	<b>Ausgaben:</b>	<b>14.340</b>	<b>13.562</b>	<b>11.870</b>	<b>9.517</b>

## 2.24 Übersicht über Mitgliedschaften der Hansestadt Stralsund

### **Kommunale Verbände**

1. Städte- und Gemeindetag M-V e.V.
2. Kommunalgemeinschaft Europaregion Pommerania e.V.
3. Kommunaler Arbeitgeberverband M-V e. V.

### **Zweckverbände / sonstige Verbände**

4. Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Vorpommern
5. Regionaler Planungsverband Vorpommern
6. Wasser- und Bodenverband „Barthe-Küste“
7. Ostdeutscher Sparkassen- und Giroverband
8. Zweckverband der Sparkasse Vorpommern

### **Fachverbände und –vereine, Arbeitsgemeinschaften**

9. Gesellschaft der Freunde und Förderer der Fachhochschule Stralsund e.V.
10. Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
11. RDA-Internationaler Bustouristikverband e.V.
12. Deutsches Institut für Vormundschaftswesen e.V.
13. Dt. Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
14. Werbegemeinschaft der Hansestadt Stralsund
15. Volkshochschulverband M-V e.V.
16. Friedrich Bödecker Kreis
17. Museumsverband M-V e.V.
18. Verband deutscher Musikschulen e.V.
19. Deutscher Bibliotheksverband e.V.
20. Landesschafzuchtverband MV e.V. , Sitz Karow
21. Interessengemeinschaft der Tiergärten M-V e.V.

## Fachverbände und –vereine, Arbeitsgemeinschaften

22. Tourismusverband M-V e.V.
23. Hanseatischer Geschichtsverein e.V.
24. Wasserstofftechnologie-Initiative M-V e.V.
25. Baltisches Orgel Centrum (BOC) Stralsund e.V.
26. Verband deutscher Zoodirektoren e.V., Sitz Osnabrück
27. DEKRA
28. Bund deutscher Schiedsmänner und –frauen e.V.
29. Arbeitsgemeinschaft deutscher Sportämter
30. Arbeitsgemeinschaft historischer Städte
31. Verband der Pferdezüchter M-V, Sitz Güstrow
32. Europäisches Programm zur Erhaltung gefährdeter Arten
33. Creditreform
34. Die Hanse
35. Organization of World Heritage Cities (OWHC)
36. Unesco-Welterbestätten Deutschland e.V.
37. Landesarbeitsgemeinschaft der Personal- und Betriebsräte M-V
38. Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten M-V
39. Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros
40. Verband der deutschen Hafenkapitäne e. V. (VDHK)
41. Stadtmarketingverein



## 2.25 Übersicht über die wirtschaftlichen Ergebnisse der kostenrechnenden Einrichtungen im Vorjahr und im Haushaltsjahr 2010

Kostenrechnende Einrichtungen liegen vor, wenn sie aus Entgelten finanziert werden. Für diese Einrichtungen sind entsprechend § 11 GemHVO im Verwaltungshaushalt Abschreibungen und eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals zu veranschlagen. In der nachfolgenden Übersicht werden die kostenrechnenden Einrichtungen dargestellt:

Gliederungs-Nr.	Einrichtung	Haushaltsjahr 2009		Haushaltsjahr 2010	
		Einnahmen	Kostendeckungsgrad	Einnahmen	Kostendeckungsgrad
16000	Rettungsdienst- und Rettungsleitstelle	2.801,1	100,0	2.846,6	100,0
33100	Musikschule	509,1	40,8	504,2	41,4
35000	Volkshochschule	258,5	40,7	253,7	39,2
67500	Straßenreinigung	807,8	73,3	800,0	66,9
67510	Winterdienst	126,9	94,1	155,3	100,0
72100	Müllabfuhr/Deponie	5.689,0	100,0	5.414,8	81,7
				(abzügl. der Beträge der Entn. aus der Sonderrücklg. Abfallwirt. i.H.v. 1.211,9 TEUR zum Gebührenaussgleich und für die periodengerechte Abrechnung)	
73010	Wochenmärkte	16,3	26,0	-	-
		Aufhebung der Wochenmarkt- und Wochenmarktgebührensatzung zum 01.04.2009			



## 2.26 Zuwendungen von Haushaltsmitteln an Fraktionen

Zuwendungen an Fraktionen  
Teil A: Geldleistungen

Angaben in EUR

Fraktion	Haushaltsansätze 2010	2009	Ergebnis der Jahresrechnung 2008	Erläuterungen für 2010
CDU/FDP	126.600	115.300	103.205,20	10.600 Aufwendungen 116.000 Personalkosten
Die Linke	72.000	53.100	32.597,22	5.300 Aufwendungen 66.700 Personalkosten
SPD	3.300	3.300	3.300,00	3.300 Aufwendungen
Bürger für Stralsund	48.000	48.000	45.683,29	4.000 Aufwendungen 44.000 Personalkosten
Forum Kommunalpolitik	36.000	45.000	52.579,29	2.600 Aufwendungen 33.4000 Personalkosten

Zuwendungen an Fraktionen  
Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: CDU/FDP

Fraktion	2010	Geldwert 2009	mehr/weniger	Erläuterungen
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	0	0	0	
- Geschäftsstellenbetrieb				
- Fraktionsassistenten				
- Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen				
3. Bereitstellung von Räumen für				
- die Fraktionsgeschäftsstelle	6.125,76	6.125,76	0	Festsetzung des Mietpreises für 63,81 m <sup>2</sup>
- die Durchführung von Fraktionssitzungen				a) 8,00 EUR /Monat
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0	0	
5. Übernahme laufender und einmaliger Kosten, z. B. für				
- bereitgestellte Räume (Betriebskosten)	3.759,69	3.759,69	0	4,91 EUR x 63,81 m <sup>2</sup> /Monat
- Telefon, Telefax	400	400	0	
6. Sonstiges	0	0	0	

Zuwendungen an Fraktionen  
Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Die Linke

Fraktion	Geldwert		mehr/weniger	Erläuterungen
	2010	2009		
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit - Fraktionsassistenten - Fahrer von Dienstfahrzeugen	0	54.800	- 54.800	nach der Kommunalwahl keine Finanzierung aus dem SN 1
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0	0	
3. Bereitstellung von Räumen für - die Fraktionsgeschäftsstelle - die Durchführung von Fraktionssitzungen	3.638,40	3.638,40	0	Festsetzung des Mietpreises für 37,90 m <sup>2</sup> a) 8,00 EUR /Monat
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0	0	
5. Übernahme laufender und einmaliger Kosten, z. B. für - bereitgestellte Räume (Betriebskosten)	2.233,07	2.233,07	0	4,91 EUR x 37,90 m <sup>2</sup> /Monat
- Telefon, Telefax	200	200	0	
6. Sonstiges	0	0	0	

Zuwendungen an Fraktionen  
Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: SPD

Fraktion	Geldwert		mehr/weniger	Erläuterungen
	2010	2009		
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	45.500	45.500	0	Personalausgaben im SN 1
- Geschäftsstellenbetrieb				
- Fraktionsassistenten				
- Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0	0	
3. Bereitstellung von Räumen für				
- die Fraktionsgeschäftsstelle	2.188,80	2.188,80	0	Festsetzung des Mietpreises für 22,80 m <sup>2</sup>
- die Durchführung von Fraktionssitzungen				a) 8,00 EUR /Monat
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0	0	
5. Übernahme laufender und einmaliger Kosten, z. B. für				
- bereitgestellte Räume (Betriebskosten)	1.343,38	1.343,38	0	4,91 EUR x 22,80 m <sup>2</sup> /Monat
- Telefon, Telefax	300	300	0	
6. Sonstiges	0	0	0	

Zuwendungen an Fraktionen  
 Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Forum Kommunalpolitik

Fraktion	Geldwert		mehr/weniger	Erläuterungen
	2010	2009		
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit	0	0	0	
- Geschäftsstellenbetrieb				
- Fraktionsassistenten				
- Fahrer von Dienstfahrzeugen				
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0	0	
3. Bereitstellung von Räumen für				
- die Fraktionsgeschäftsstelle	1.473,60	1.473,60	0	Festsetzung des Mietpreises für 15,35 m <sup>2</sup> a) 8,00 EUR /Monat
- die Durchführung von Fraktionssitzungen				
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0	0	
5. Übernahme laufender und einmaliger Kosten, z. B. für				
- bereitgestellte Räume (Betriebskosten)	904,42	904,42	0	4,91 EUR x 15,35 m <sup>2</sup> /Monat
- Telefon, Telefax	300	300	0	
6. Sonstiges	0	0	0	

Zuwendungen an Fraktionen  
Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Bürger für Stralsund

Fraktion	Geldwert		mehr/weniger	Erläuterungen
	2010	2009		
1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit - Geschäftsstellenbetrieb - Fraktionsassistenten - Fahrer von Dienstfahrzeugen	0	0	0	
2. Bereitstellung von Fahrzeugen	0	0	0	
3. Bereitstellung von Räumen für - die Fraktionsgeschäftsstelle - die Durchführung von Fraktionssitzungen	2.049,60	2.049,60	0	Festsetzung des Mietpreises für 21,35 m <sup>2</sup> a) 8,00 EUR /Monat
4. Bereitstellung einer Büroausstattung	0	0	0	
5. Übernahme laufender und einmaliger Kosten, z. B. für - bereitgestellte Räume (Betriebskosten)	1.257,94	1.257,94	0	4,91 EUR x 21,35 m <sup>2</sup> /Monat
- Telefon, Telefax	100	100	0	
6. Sonstiges	0	0	0	



## 2.27 Stand des Umstellungsprozesses auf die Regeln der kommunalen Doppik

Ab dem 1. Januar 2012 ist auf Grundlage von § 1 Abs. 1 KomDoppikEG M-V (Kommunal-Doppik-Einführungsgesetz) für alle Gemeinde verpflichtend das Rechnungswesen der kommunalen Doppik anzuwenden.

Die Hansestadt Stralsund hat bereits im Jahr 2006 den Umstellungsprozess begonnen und in Form eines Projektes wichtige vorbereitende Tätigkeiten begonnen und teilweise auch schon umgesetzt.

Folgende wichtige Arbeitsergebnisse sind bereits realisiert:

- Bezüglich der Verwendung der zukünftigen Software wurde im Jahr 2007 das bereits seit mehreren Jahren in der Verwaltung genutzte Verfahren für das Haushalts- Kassen- und Rechnungswesen mit seinen Doppik-Erweiterungen darauf hin überprüft, ob die Software die gesetzlichen und fachlichen Anforderungen des zukünftigen Rechnungswesens erfüllt. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass ein Wechsel des Verfahrensanbieters nicht erforderlich ist, da die im Prüfverfahren seitens der Hansestadt Stralsund aufgestellten Kriterien erfüllt wurden und zusätzlich aufgestellte Anforderungen verbindlich zugesagt und in der Zwischenzeit auch durch den Verfahrensanbieter umgesetzt wurden.
- Parallel wurde bereits im Jahr 2007 für die zukünftige Steuerung und Bewirtschaftung des doppelischen Haushaltes eine Produktstruktur geschaffen, die in den Jahren 2008 und 2009 verfeinert wurde. Insgesamt sind 100 Produkte festgelegt. Die Buchung erfolgt zukünftig aus statistischen Gründen und für Zwecke der Kostenrechnung auf der darunter liegenden Ebene von 223 Leistungen.
- In den Jahren 2007 und 2008 wurden die kamerale Haushaltstellen sowohl der künftigen Produkt- und Leistungsstruktur zugeordnet (als Ersatz für die kamerale Gliederung) als auch auf die doppelischen Konten der Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung übergeleitet (als Ersatz für die kamerale Gruppierung). Aufgrund der getroffenen Softwareentscheidung konnte dies bereits im Hintergrund zu den bisherigen Planungs- und Buchungsvorgängen geschehen. Damit konnten für die Verwaltung die Umstellungsarbeiten praxisgerecht erfolgen. Als Ergebnis wurde damit gleichzeitig die zukünftige Haushaltsstruktur schrittweise erarbeitet.
- Bei der Erfassung des Vermögens, der Forderungen, der Sonderposten und Verbindlichkeiten lag der Schwerpunkt bisher bei den Bilanzposten, deren Abschreibungen sich zukünftig maßgeblich in der Ergebnisrechnung auswirken werden. Anfang Dezember 2009 sind 290 der 325 Gebäude erfasst und bewertet. Der Bilanzwert beträgt ca. 64,5 Mio. EUR. Für den Bereich des Infrastrukturvermögens sind 181 km des 216 km umfassenden Straßen- und Wegenetzes erfasst und bewertet (83 %). Der zu bilanzierende Wert beträgt daraus ca. 44,3 Mio. EUR. Die Verbuchung dieser und weiterer Werte erfolgt bereits im Jahr 2009 in der neu eingerichteten Anlagenbuchhaltung, so dass die Ermittlung und Darstellung der Abschreibung in Form der Ergebnisrechnung bereits für das Jahr 2009 erfolgen kann.

- Entsprechend dem Qualifizierungsprogramm fand für die Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes ein 40-tägiger Lehrgang statt. Mitarbeiter des Kämmereramtes nehmen derzeit an einem 25-tägigen Lehrgang zum neuen Haushaltsrecht teil. Für die Haushaltssachbearbeiter stehen Schulungsmaßnahmen für das Jahr 2010 an. Für die Mitglieder der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund findet eine Informationsveranstaltung im 1. Halbjahr 2010 statt.

Nach dem derzeitigen Arbeitsstand soll die vorzeitige Umstellung auf die kommunale Doppik bereits zum 01.01.2011 nach § 1 Abs. 2 KomDoppikEG M-V erfolgen. Dieses muss durch einen Beschluss der Bürgerschaft legitimiert werden. Der entsprechende Beschluss ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens jedoch drei Monate vor Beginn des Haushaltsjahres, anzuzeigen. Entscheidungen der kreisfreien Städte über eine vorzeitige Umstellung bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.